

### Vorbemerkung

Die deutsche gegenwartsbezogene Orientwissenschaft entwickelte sich nach dem Zweiten Weltkrieg in zwei deutlich divergierende Richtungen. In der BRD wurden bis weit in die siebziger Jahre vor allem die Traditionen einer philologisch und schriftkundlich orientierten klassischen Orientalistik gepflegt, während in der DDR seit Beginn der sechziger Jahre Praxis- und Gegenwartsbezogenheit und die methodische Öffnung der Orientalistik gegenüber den Sozialwissenschaften gefördert wurden. Die im Rahmen der deutschen Geschichte frühe Entwicklung einer gegenwartsbezogenen Orientwissenschaft in der DDR stand jedoch von Anfang an auch unter dem bestimmenden Einfluß des Marxismus-Leninismus und der Außenpolitik. Die Regionalwissenschaften wurden von der DDR zur Flankierung der für die diplomatische Anerkennung und den Ost-West-Konflikt bedeutsamen Beziehungen zur "Dritten Welt" genutzt. Nach der Sowjetunion besaß der ostdeutsche Staat die wohl größte Orientwissenschaft in der sozialistischen Welt. Politik, Wirtschaft und Kultur des zeitgenössischen Nahen Ostens und Nordafrikas wurden sowohl von der Sektion Afrika- und Nahostwissenschaften der Karl-Marx-Universität in Leipzig als auch von der Humboldt-Universität zu Berlin, der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin, der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR in Potsdam-Babelsberg oder der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee (ZK) der SED erforscht.<sup>1</sup> In dem vorliegenden Beitrag soll in komprimierter Form die Geschichte der ostdeutschen Orientwissenschaft, ihrer Institutionen, der politischen Funktion und Forschungsschwerpunkte rekapituliert werden. Erkenntnisleitendes Interesse ist dabei der systematische Vergleich der DDR-Ära mit der gegenwartsbezogenen Orientwissenschaft der neuen Bundesländer seit 1989. Mit der tiefgreifenden gesellschaftlichen Wende des Jahres 1989 ist die vormalige DDR-Wissenschaft zu einem Gegenstand gesamtdeutscher Vergangenheitsbewältigung geworden. Ihr Studium verschafft nicht nur einen Einblick in die wissenschaftlich-propagandistische Beherrschung der deutschen Diktaturgeschichte, sondern sie wirkt in vielfältiger Weise bis in die Gegenwart. Wissenschaftler der ehemaligen DDR sind in eine Zeit extremer politischer Veränderungen und professioneller Verunsicherung geraten; Institutionen der DDR wurden im Zuge einer Integration in das gesamtdeutsche Wissenschaftssystem geschlossen oder umgebaut. Ungeklärt ist dabei bis heute die Frage, ob die Zäsur von 1989 einen völligen wissenschaftlichen Neubeginn einleitete oder ob personelle, institutionelle oder inhaltliche Ele-

<sup>1</sup> Zur Rolle der Akademien als Institutionen der wissenschaftlichen Planung und Lenkung vgl. Förtsch (1979); Spanger/Brock (1987): 72.

mente der DDR-Wissenschaft erhalten geblieben sind. Diese Frage scheint aus historischer Perspektive um so berechtigter, als jeder Umbruch in der deutschen Geschichte beherrschende Kräfte aufwies und sich die revolutionäre Diskontinuität nie auf die gesamte Gesellschaft, nicht einmal auf die ganzen Führungseliten erstreckte. Wenn Diskontinuität im Zeichen eines fortschrittlichen Umbaus der ehemaligen DDR einerseits wünschenswert erscheint, so muß bei der Bewertung wissenschaftlicher Entwicklungslinien vor und nach 1989 gleichfalls die Frage berücksichtigt werden, ob es gelungen ist, die "kulturelle Substanz" der ostdeutschen Länder zu wahren, wie dies der deutsche Einigungsvertrag vorsieht (EVertr Art. 35,2), und ob von der Zusammenführung der ehemals separierten und konfligierenden wissenschaftlichen Potentiale in Ost und West produktive Impulse für die gesamtdeutsche Orientwissenschaft der Zukunft ausgehen.

### 1 Geschichte, Funktion und Organisation der gegenwartsbezogenen Orientwissenschaft in der DDR

Die gegenwartsbezogene Orientwissenschaft der DDR war keine "Orchideendisziplin", die sich mit "exotischen" Regionen von peripherer politischer Bedeutung beschäftigte, sondern sie entwickelte sich seit den fünfziger Jahren zu einem außenpolitischen und in geringerem Maße auch gesellschaftspolitischen Gestaltungsinstrument der SED und des ostdeutschen Staates. Die Rahmenbedingungen schuf die Sowjetunion, die sich nach der Beschränkung außenpolitischer Kontakte auf "Volksdemokratien" in der Ära Stalin etwa seit dem Jahr 1953 gegenüber "nationalen Bourgeoisien" in Entwicklungsländern öffnete und damit den systempolitischen Handlungsspielraum für die Entfaltung der ostdeutschen Außenpolitik im Sinne der "Zwei-Staaten-Theorie" (Teilnachfolge zweier deutscher Staaten für das Deutsche Reich) erweiterte. Die Nichtanerkennung der DDR außerhalb des Warschauer Paktes und des RGW infolge der Hallstein-Doktrin wirkte gleichzeitig als hemmender und forcierender Faktor. Sie verhinderte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen auf Botschaftsebene, förderte jedoch die Strategieviefalt der ostdeutschen Politik, die versuchte, die diplomatische Anerkennung und Klärung der für das politische System existentiellen nationalen Frage mit Hilfe ihrer Südpolitik zu erreichen.

Im Zuge dieser Entwicklungen wurde seit Ende der fünfziger Jahre die Herausbildung multimethodischer, praxis- und gegenwartsbezogener, gleichzeitig spezifischer und komparativer Regionalwissenschaften für die Staaten Asiens, Afrikas

und Lateinamerikas administrativ gefördert.<sup>2</sup> Unter dem Eindruck des Aufbaus der sowjetischen Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften nach dem XX. Parteitag der KPdSU von 1956 emanzipierten sich in der DDR die modernen Regionalwissenschaften von der Leipziger Kolonialgeschichte Walter Markovs, die trotz ideologischer Konformität den praktischen Erfordernissen der Außenpolitik von der Sprachbeherrschung bis zur Kenntnis der politischen Gegenwart nicht hatte gerecht werden können. Der Prozeß der institutionellen Verselbständigung führte zu Beginn der sechziger Jahre zur Reform des klassisch-philologischen Orientalischen Instituts der Karl-Marx-Universität Leipzig. Nach dem Aufbau des Orientalischen Instituts in Leipzig gelangte die Wissenschaft seit Mitte der sechziger Jahre in eine zweite Reformphase. Sie beinhaltete bildungsökonomische Rationalisierungsmaßnahmen und führte zur endgültigen Ablösung der in der DDR tätigen "bürgerlichen" Wissenschaftler durch die "Kader"-Wissenschaftler der SED. Die Partei unternahm angesichts des bevorstehenden diplomatischen Durchbruchs und der Ausweitung der außenpolitischen Beziehungen der DDR den Versuch, durch den Aufbau eines wissenschaftlichen Rätessystems und durch die Zusammenlegung der Hochschul- und Akademieinstitute die Leistungsfähigkeit der Entwicklungsländerwissenschaften als "Produktivkraft" der Politik zu erhöhen. In der zweiten Reformphase wurden die noch bestehenden klassisch-orientalistischen Einrichtungen, wie das Institut für Orientforschung der Deutschen Akademie der Wissenschaften oder das Vorderasiatische Institut der Humboldt-Universität zu Berlin, geschlossen oder in ihrer Stellenkapazität reduziert.<sup>3</sup> Die neu gegründete Sektion Afrika- und Nahostwissenschaften in Leipzig, in der das Orientalische Institut als Lehr- und Forschungsbereich Nordafrika/Nahost aufging, wurde nunmehr unbestritten zum Zentrum der Nahostwissenschaft in der DDR. Die Reste der Berliner Hochschulforschung erhielten hingegen lediglich Spezialaufgaben, was in den folgenden Jahrzehnten zu erheblichen wissenschaftsinternen Spannungen zwischen Berlin und Leipzig führte.<sup>4</sup> An der Akademie der Wissenschaften entstand beim Zentralinstitut für Geschichte eine neue Arbeitsgruppe für die Geschichte der Entwicklungsländer, in der auch die Orientwissenschaft integriert wurde.<sup>5</sup>

<sup>2</sup> Markov (1957/58); Richter (1985).

<sup>3</sup> Vgl. Reetz (1991a): 78.

<sup>4</sup> Vgl. die Oral History-Interviews mit Eberhard Serauky und Günter Barthel in: Hafez (1995a): 446, 460.

<sup>5</sup> Zu den Reformen seit Mitte der sechziger Jahre vgl. ausführlich Hafez (1995a): 37-43.

### 1.1 Wissenschaft und Politik

Die *area-studies* fügten sich nicht in das Aufgabenprofil, das Clemens Burrichter, Eckart Förtsch und Manfred Zuber als charakteristisch für die Gesellschaftswissenschaften der DDR bezeichnet haben. Demnach waren diese vor allem gehalten, in Anlehnung an die Beschlüsse der Partei eine "attraktive Programmatik für die Gesellschaft" auszuarbeiten und wirkten damit propagandistisch nach innen, während den Technik- und Naturwissenschaften neben der innergesellschaftlichen Orientierung an den Erfordernissen der sozialistischen Produktion vor allem der internationale Systemwettbewerb als Aufgabenbereich zugewiesen wurde.<sup>6</sup> Mit DDR-internen Problemstellungen kamen die außereuropäischen Regionalwissenschaften jedoch kaum in Berührung, und da der Stellenwert des Internationalismus für die Erziehungsaufgaben der Wissenschaftler relativ gering veranschlagt wurde, zählten sie nicht - wie die Geschichtswissenschaft oder die Philosophie - zu den sogenannten zentralen bewußtseinsbildenden Disziplinen.<sup>7</sup> Die Regionalwissenschaften besaßen durch die Beschäftigung mit der außereuropäischen Welt eine Sonderstellung unter den Gesellschaftswissenschaften, die sie allenfalls mit der Imperialismusforschung teilten und die für eine exklusive Prägung des Wissenschaftsbetriebes - geringe Studentenzahlen, hohe "Reisekader"-Anteile usw. - verantwortlich war.<sup>8</sup>

Die Regionalwissenschaftler waren grundsätzlich als Akteure der Außenpolitik<sup>9</sup> zu betrachten, wobei teils ein engerer, teils ein weiterer Akteursbegriff zugrunde zu legen ist.<sup>10</sup> Zu außenpolitisch orientierten Handlungen im engeren Sinn zählten Aufgaben im Bereich der Politikberatung und der personellen Ausstattung der Außenpolitik. Orientwissenschaftler erstellten Analysen, die sich - etwa im Fall der Libyschen Revolution von 1969 oder der Iranischen Revolution von 1978/79 - am situativen Bedarf des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten oder der SED orientierten, und versorgten die Außenpolitik und -wirtschaft mit Regionalexperten ("Area-Spezialisten"), d. h. mit dem akademischen Mittelbau unterhalb der Botschaferebene. Die Wissenschaftler selbst gehörten einem disponiblen, vor Ort einsetzbaren Reservoir von Regionalexperten an. Sie konnten zeitlich begrenzt staatliche Aufgaben im In- und Ausland übernehmen, wobei

<sup>6</sup> Burrichter et al. (1970): 29f.

<sup>7</sup> Zur Wirkung der gegenwartsbezogenen Orientwissenschaft im Bereich der sogenannten sozialistischen Bewußtseinsbildung vgl. ausführlich Hafez (1995a): 94-96.

<sup>8</sup> Zum Selbstverständnis der Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften der DDR vgl. Engel (1974): 773-780; Brauner et al. (1974a): 755-766.

<sup>9</sup> Zur Geschichte der DDR-Nahostpolitik vgl. Hafez (1995b): 77-94.

<sup>10</sup> Vgl. ausführlich Hafez (1995a): 70ff.

die ostdeutschen Freundschaftsgesellschaften für die arabischen Länder die Anerkennungspolitik der DDR flankierten. Externe Propaganda gehörte zu den wichtigsten Funktionen der Regionalwissenschaftler. Zwar besaßen die aktive Bildungshilfe für die Entwicklungsländer (Ausländerstudium) und die Beratung ausländischer Regierungen nur marginale Bedeutung, da orientalistische Kenntnisse durch die Wissenschaftsbetriebe der "Dritten Welt" relativ leicht zu reproduzieren waren. Doch griffen die Wissenschaftler durch Veröffentlichungen, Symposien und Konferenzen, wo sie die Entwicklungspolitik der DDR wissenschaftlich fundierten, Vorgänge in den Entwicklungsländern politisch konform interpretierten und gegenüber den westlichen Wissenschaftsbetrieben einen kompetitiven Wissenschaftsbegriff pflegten,<sup>11</sup> direkt in den Ost-West-Konflikt ein. Der Wert der Politikberatung für die Außenpolitik ist nur schwer zu ermessen.<sup>12</sup> Es ist davon auszugehen, daß sich Staat, Partei und Wissenschaft in einem Zustand der gegenseitigen Lähmung befanden. Die Wissenschaft war in ihrer Wahrnehmungsfähigkeit durch Eingriffe der Politik und die Entscheidungsfähigkeit der Politik durch die beschränkte Wissenschaftlichkeit der Forschung behindert. Dennoch scheint es kaum möglich, das Wirken der Regionalwissenschaften in der DDR in der Post-Markov-Ära von der Außenpolitik zu trennen, ihr eine von der Tagespolitik unabhängige, vornehmlich weltanschauliche Rolle zuzuschreiben, um etwa im nachhinein eine durchgehende marxistische Wissenschaftstradition zu behaupten. Zwar war die Nähe der Institutionen zur Politik unterschiedlich ausgeprägt (die tagespolitischen Anforderungen an die Universitäten waren im allgemeinen größer als die an die Akademie der Wissenschaften). Darüber hinaus bestand augenscheinlich ein Mehrklassensystem dergestalt, daß nicht alle Wissenschaftler über persönliche Beratungskontakte oder Beschäftigungsverhältnisse im Bereich der DDR-Außenbeziehungen verfügten. Dennoch gab es zwischen Politik und Wissenschaft zu viele Verflechtungen, um eine Trennung in politikorientierte und autonome Wissenschaftler vornehmen zu können, so daß die gegenwartsbezogene Orientwissenschaftler insgesamt in einem weiteren Sinn als "Akteure der Außenpolitik" zu betrachten sind: Studium und Lehre verpflichteten prinzipiell zum Einsatz für die DDR-Außenpolitik; die Theorie des "nichtkapitalistischen Entwicklungsweges" basierte auf der politischen Assistenz des Ostblocks für die Entwicklungsländer; die Forschung war geprägt von politischen Tabuzonen und parteikonformen Auslegungen. Um nur einige "weiße Flecken" zu nennen: Es gab fast keine monographischen Abhandlungen über die Nahostpolitik der sozialistischen Staaten, und erst mit erheblicher

<sup>11</sup> Hahn/Rathmann (1973): 19.

<sup>12</sup> Vgl. Winter (1993): 25-28.

cher Verzögerung wurden der Iran-Irak-Krieg oder die Ära Anwar al-Sadat in Ägypten für die Forschung freigegeben. Die Forschung bewegte sich im Rahmen der außenpolitischen Orientierungen, die weit über die abstrakten ideologischen Forderungen der Theorie des "nichtkapitalistischen Entwicklungsweges" hinaus inhaltlich prägend und normierend wirkten. Ungeachtet persönlicher Motivationen wurden Wissenschaftler in nahezu allen großen (und auch den kleinen) Forschungsfeldern zu "Transporteuren" außenpolitischer Haltungen. Diese inhaltliche Transportfunktion ist für die Einschätzung des Wirkens der Wissenschaftler und für ihr Verhältnis zur Politik weitaus entscheidender als administrative Weisungen oder persönliche Kontakte. Die Tatsache, daß die Forschungsergebnisse nur bedingt für die Politik nutzbar waren, weist gerade darauf hin, daß die propagandistische Wirkung der Forschungspublikationen gegenüber dem Westen und den Entwicklungsländern wesentlich zur Existenzberechtigung der Orientwissenschaft beitrug.

### 1.2 Politisch-wissenschaftliche Planung und Steuerung

Die in der marxistisch-leninistischen Wissenschaftstheorie verankerte Verpflichtung der Wissenschaftler zur Parteilichkeit im Sinne der Sollwertvorgaben der SED wurde durch ein System von Forschungsplanung und -steuerung ergänzt, das einheitlich für die Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften existierte und auf zwei Ebenen angesiedelt war: den inhaltlichen Planvorgaben durch die SED in den über fünf Jahre angelegten "Zentralen Forschungsplänen der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften" und der aktiven Wissenschaftskoordination durch ein System regionalwissenschaftlicher Räte und Organe. Letzteres sollte die einzelnen Institutionen in ein landesweites Arbeitsverhältnis integrieren und so die "Produktivkraft"-Funktion der Regionalwissenschaften optimieren.

Das bedeutsamste Gremium war der im Jahr 1966 gegründete Zentrale Rat für Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften (ZENTRAAL), der über lange Jahre von dem Orientwissenschaftler und Rektor der Karl-Marx-Universität in Leipzig, Lothar Rathmann, geleitet wurde.<sup>13</sup> Während jedoch dem Rat häufig pauschal eine von ihm selbst angestrebte Koordinierungs- und Kontrollfunktion für die gesamte Entwicklungsländerforschung der DDR zugeschrieben worden ist,<sup>14</sup> waren faktisch durch die Hochschul- und Akademiereformen präadaptierte Leitungsstrukturen geschaffen worden. Der ZENTRAAL steuerte weniger die Arbeit der einzelnen Institutionen und trat vielmehr bei der Initiierung theoretischer

<sup>13</sup> Rathmann/Wünsche (1974): 725-740.

<sup>14</sup> Bischof (1975): 4.

scher Großprojekte, der Betreuung der wichtigsten Publikationsmedien und der Leitung von Arbeitsgruppen zur Wissenschaftskooperation als produktives Forschungsgremium in Erscheinung. Die historische Bilanz des ZENTRAAL ist gleichwohl zwiespältig, da der Rat durch die Größe der Autorenkollektive, die willkürliche Zusammensetzung von Arbeitsgruppen, ihre zeitlich starren und unflexibel verabreichten Themenstrukturen u.a.m. kaum in der Lage war, ein produktives Forschungsklima zu schaffen.<sup>15</sup> Insgesamt kann damit festgestellt werden, daß der ZENTRAAL trotz seiner wissenschaftskoordinierenden Konzeption, die auch für die Gegenwart modellhafte Züge besitzt,<sup>16</sup> in seiner historischen Rolle für die DDR-Geschichte vor allem als ein Instrument des systembedingten Bürokratismus und der habituellen Bindung der Forscher an das politische System betrachtet werden muß.

Neben dem Wissenschaftlichen Beirat für Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen<sup>17</sup> und der Zeitschrift "asien, afrika, lateinamerika" repräsentierte die Gründung der Multilateralen Problemkommission "Ökonomie und Politik der Entwicklungsländer" (MPK) zu Beginn der siebziger Jahre den Abschluß der zweiten Reformphase der ostdeutschen Regionalwissenschaften. Die Ziele der MPK waren die Kooperation der Wissenschaftler der sozialistischen Staaten und die Bereinigung von Widersprüchen bei der Einschätzung der Entwicklungsländer.<sup>18</sup> Die realsozialistische Zusammenarbeit war häufig die einzige Möglichkeit, die Isolation der DDR-Wissenschaft zu durchbrechen, die trotz des hohen "Reisekader"-Anteils ihrer Mitarbeiter nur wenige wissenschaftliche Kontakte zur nichtsozialistischen Welt unterhielt. Die Archivalien der ostdeutschen Abteilung der MPK<sup>19</sup> verdeutlichen jedoch zugleich, daß sich die Kommission seit ihrer Gründung in einer permanenten Krise befand. Durch die begrenzte Kooperationsbereitschaft von Staaten wie Rumänien, den "Volksdemokratien" Südostasiens oder Kubas, die die Unabhängigkeit ihrer nationalen Wissenschaftsbetriebe zu wahren trachteten und kein Interesse an einer Moskau-zentrierten wissenschaftlichen Sicht auf die Entwicklungsländer besaßen (zu denen sie sich häufig selbst zählen mußten), aber auch durch thematische Überforderung und organisatorische Ineffizienz war die MPK - wie der ZENTRAAL - letztlich nur bedingt funktionstüchtig. Die Aktenbestände

<sup>15</sup> Vgl. die ausführliche Darstellung in Hafez (1995a): 101-107 sowie die Oral-History-Interviews von Eberhard Serauky und Günter Barthel in Hafez (1995a): 458f. 476f.

<sup>16</sup> Vgl. die Darstellung in Kapitel 5.

<sup>17</sup> Barthel/Gaudes (1977): 659-666.

<sup>18</sup> Vgl. Schirmer(1974): 709-716.

<sup>19</sup> Von K. Hafez gesammelte Dokumente zur Orientwissenschaft der DDR aus den Jahren 1972-1990, z.Z. in Hamburg Dt. Orientinstitut.

enthüllen, daß vor allem die DDR-Wissenschaft in den achtziger Jahren strukturelle Reformversuche unternahm. Sie belegen das vergebliche ostdeutsche Bemühen um eine konservativ motivierte Systemstabilisierung, die mit dem "Neuen Denken" konfligierte, wie es die Vertreter aus Staaten wie Polen, Ungarn oder der UdSSR in der Ära Gorbatschow in die gemeinsame wissenschaftliche Arbeit einbrachten.

### 1.3 Interdisziplinarität

Wenn an dieser Stelle ein "inneres System" der Wissenschaft von einem "äußeren System" unterschieden ist, so geschieht dies, in Anlehnung an die Wissenschaftssoziologie von Walter L. Bühl, aus analytischen Gründen. Das "innere System" der Wissenschaft ist eine Kategorie, die den Wegfall des politischen Systemrahmens simuliert und die akademischen Institutionen selbst, vor allem die Hochschulen, mit ihren "typischen Handlungsformen" ins Blickfeld rückt.<sup>20</sup> Während sich im "äußeren System" der Wissenschaftssteuerung der Regionalwissenschaften die ordnungspolitischen Grundzüge der ostdeutschen Gesellschaft widerspiegelten, zeichnete sich das "innere System", das durch die Simulation des Wegfalls des politischen Systemrahmens und durch die Konzentration auf spezifische Handlungsformen der Wissenschaftsorganisation zum Vorschein kommt, durch eine sowohl multi- bzw. interdisziplinäre als auch komparative Wissenschaftsanlage aus. Anders als im Bereich der Orientwissenschaft an westdeutschen Hochschulen entsprach die Leipziger Wissenschaft dem Prinzip der multidisziplinären *area-studies* anglo-amerikanischer Prägung.

Die grundlegende Aufgabe aller Gesellschaftswissenschaftler in der DDR war es, "den Marxismus-Leninismus in der Einheit seiner Bestandteile zu studieren", um die "vielseitigen komplizierten und widerspruchsvollen Prozesse in der Natur, in der Gesellschaft und im Denken" zu verstehen und das gewonnene Verständnis "schöpferisch" im Interesse der Arbeiterklasse anzuwenden.<sup>21</sup> Die *area-Kon-*

<sup>20</sup> "Insoweit die Funktionen und Wirkungen der Wissenschaft für und auf die Gesellschaft im Vordergrund der Betrachtung stehen und die Gesetzmäßigkeiten des Sozialsystems 'Wissenschaft' ganz aus diesem Kontext ableitbar erscheinen, sprechen wir vom 'äußeren System' der Wissenschaft. Insoweit die Wissenschaft zu analytischen Zwecken (die allerdings auch empirisch ergiebig sein müssen) so betrachtet werden kann, als wäre sie in den verschiedenen sie repräsentierenden institutionellen Ordnungen und Organisationsformen, in den typischen Handlungsformen und Motivationen, in ihrem Normen- und Rollensystem usw. autonom, also ein seinen eigenen Gesetzen folgendes Sozialsystem, sprechen wir vom 'inneren System' der Wissenschaft." Bühl (1974): 33f.

<sup>21</sup> Zentraler Forschungsplan der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaft-

struktion war jedoch kein Exklusivmodell in der DDR. Auch wenn der Schwerpunkt von Forschung und Lehre der Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften auf den nach dem Prinzip der *area-studies* konstruierten Sektionen der Universitäten lag, wies allein der Wissenschaftsbereich Geschichte der Entwicklungsländer der Akademie der Wissenschaften in Berlin eine vergleichbar multidisziplinäre Zusammensetzung auf. Die von den wissenschaftlichen Einrichtungen der Partei, der Staatsorgane und der Gewerkschaft in geringer Kapazität und für spezielle Fragen beschäftigten Regionalexperten waren an "mutterwissenschaftlichen" Lehrstühlen (Ökonomie der Entwicklungsländer, Internationale Arbeiterbewegung) tätig oder mit entsprechenden Forschungsaufträgen (Außenpolitik der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas) betraut:

- Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR in Potsdam-Babelsberg: Institut für internationale Beziehungen, Abteilung Außenpolitik der Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas; Forschungsschwerpunkte: ausgewählte Fragen der Außenpolitik und der internationalen Beziehungen der Entwicklungsländer, Bewegung der Nichtpaktgebundenen und ihre Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten, insbesondere in Konfliktsituationen;

- Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin: Institut für Gesellschaftswissenschaften, Lehrstuhl für internationale Arbeiterbewegung, Fachrichtung nationale Befreiungsbewegung; Lehr- und Forschungsschwerpunkte: internationale Probleme der nationalen Befreiungsbewegungen, kommunistische Parteien in Entwicklungsländern, antiimperialistische Bündnispolitik, methodisch-ideologische Grundlagen der Entwicklungsländerforschung;

- Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin: Institut für Ökonomik der Entwicklungsländer, Lehr- und Forschungsschwerpunkte: Ausbildung von Ökonomen aus den und für die Entwicklungsländer, Erforschung innerer Reproduktionsprozesse der Entwicklungsländer, ökonomische Rolle des Staates, Wirtschaftsstrategien, Differenzierung der Entwicklungsländer usw.<sup>22</sup>

Die Regionalwissenschaften an den Universitäten und bei der Akademie der Wissenschaften hingegen wurden nicht als Mosaik unterschiedlicher Fächer betrachtet, sondern als eine "Integrations-ebene verschiedener gesellschaftlicher Disziplinen" auf marxistisch-leninistischer Grundlage, mit dem Ziel, auch die als

ten der DDR bis 1975. In: *Einheit*, Berlin 27 (1972): 170.

<sup>22</sup> Informationsmaterial über orientwissenschaftliche Einrichtungen der DDR für einen Katalog der sozialistischen Staaten, Zentraler Rat für Asien-, Afrika- Lateinamerikawissenschaften in der DDR, 3. Dezember 1982, 3-5 (Manuskript); Informationsmaterial über orientwissenschaftliche Einrichtungen der DDR für einen Katalog der sozialistischen Staaten, Zentraler Rat für Asien-, Afrika- Lateinamerikawissenschaften in der DDR, o. J., 5f., 8f. (Manuskript), vgl. Hafez (1995a): 38; Bischof (1975): 3f.

zukunftsweisend erachteten "Nahtstellen" der Forschung zu berücksichtigen.<sup>23</sup> Die Voraussetzungen der interdisziplinären Ausbildung wurden im Verlaufe der sechziger Jahre an den Hochschulen geschaffen. Auch wenn die erste Generation der Regionalwissenschaftler selbst eine monodisziplinäre Ausbildung bei dem Historiker Walter Markov erhalten hatte, soll dieser die disziplinäre Öffnung seinen Schülern "anerzogen" haben, die ihrerseits die Idee übergreifender Kooperation als "Mitgift" unter anderem in das Orientalische Institut einbrachten<sup>24</sup> und sie als eigenständiges Element eines neuen Studienplanes verankerten. Interdisziplinarität wurde als tragendes Prinzip der Lehrstuhlzusammensetzung (a) und des Ausbildungskonzepts (b) etabliert, wengleich die einzelnen Wissenschaftler trotz multidisziplinärer Studienphase vorwiegend regionale Fachspezialisten (etwa als Arabisten/Ökonomen) blieben, die auf die Kooperation mit Wissenschaftlern anderer Disziplinen (c) angewiesen blieben, sofern ihre Analysen die Grenzen des jeweiligen Faches überschreiten sollten.

Das Ausbildungskonzept der Grundstudienrichtung Regionalwissenschaften entwickelte sich seit den fünfziger Jahren in mehreren Phasen. Im Jahr 1963 entstand der Plan des sogenannten Ergänzungsfachstudiums, das ein philologisches Grundkonzept mit einem theoretisch und methodologisch tragenden Fach zu verknüpfen versuchte. Bei der Konzipierung eines Grundstudiengangs griff ein im Jahr 1965 vom Ministerrat gebilligter Rahmenstudienplan jedoch zurück auf die "Empfehlungen für die weitere sozialistische Entwicklung der Asien- und Afrikawissenschaften an der Karl-Marx-Universität" aus dem Jahr 1960, in denen vier Eckpunkte der regionalwissenschaftlichen Lehre - Marxismus-Leninismus, Fachspezialisierung, Interdisziplinarität und Sprache - formuliert worden waren. Im Jahr 1974 kam es schließlich zur Verabschiedung eines Studienplanes für die Grundstudienrichtung Regionalwissenschaften, der im Jahr 1983 noch einmal überarbeitet wurde. Das Studium, das sich regulär über einen Zeitraum von fünf Jahren erstrecken sollte, besaß vier Komponenten bzw. fünf integrierte Phasen:

- ein marxistisch-leninistisches Grundlagenstudium in erweiterter Form;<sup>25</sup>
- die Ausbildung in einer gesellschaftswissenschaftlichen Disziplin (Geschichtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Staats- und Rechtswissenschaft, Sprach-

<sup>23</sup> Piazza/Rathmann (1976): 217.

<sup>24</sup> Richter (1985): 516.

<sup>25</sup> "Über die Grundkenntnisse im Dialektischen und Historischen Materialismus, der Politischen Ökonomie und des Wissenschaftlichen Kommunismus hinaus müssen die Absolventen über vertiefte und anwendungsbereite Kenntnisse in der Theorie und Praxis der kommunistischen Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung verfügen." Schirmer (1974):713. Besonders in höheren Semestern und vor der Diplomarbeit sollten die Studenten spezielle "Klassikerseminare" absolvieren.

- wissenschaft, Kulturwissenschaften, Literaturwissenschaft oder Philosophie);
- das multidisziplinäre Studium ausgewählter Probleme der in der betreffenden Sektion angestammten Regionen, Ländergruppen oder Länder;
  - die Spezialisierung auf eine der studierten Disziplinen für die betreffende Region, Ländergruppe oder das Land;
  - das Erlernen mindestens einer Sprache der Region.<sup>26</sup>

Die Kombination unterschiedlicher Studienelemente stellte das Spezifische der regionalwissenschaftlichen Ausbildung in der DDR dar. Sie diente der Flexibilisierung im Einsatz außenpolitischer "Kader".<sup>27</sup> Das Studium bestand neben ideologischen und philologischen Elementen aus einem Fach- und aus einem Regionenstudium, wobei letzteres seinerseits in mono- und multidisziplinärer Form gelehrt wurde. Das bedeutete im Falle der Orientwissenschaft, daß das Fachstudium, das der Aneignung theoretischer und methodischer Kenntnisse diente, in der regionalen Spezialisierungsphase auf den Nahen Osten und Nordafrika angewandt und durch ausgewählte Problemstellungen anderer Fächer ergänzt wurde. Die Diplomabschlüsse waren, abhängig von der eingeschlagenen Studienkombination, etwa Arabist/Ökonom, Arabist/Philosoph, Arabist/Historiker.

Neben multidisziplinärer Institutusanlage und Studium stand die disziplinenübergreifende Kooperation im Vordergrund. Für eine solche Kooperation bestanden in mehrfacher Hinsicht gute Voraussetzungen: die *area*-Anlage der Regionalinstitute begünstigte wissenschaftliche Kommunikation durch die Konzentration wissenschaftlicher Potentiale. Zudem konnten die Wissenschaftler in sogenannten Fachgruppen, die an den Sektionen gebildet wurden, praktisch kooperieren.<sup>28</sup>

Trotz der günstigen institutionellen Voraussetzungen entsprang die Gepflogenheit der Orientwissenschaftler, die Interdisziplinarität ihrer Forschungsmethode hervorzuheben, im wesentlichen dem Forschungspostulat der "Einheit der marxistisch-leninistischen Wissenschaften". Desungeachtet scheiterten die Orientwissenschaftler der DDR an der Umsetzung der multidisziplinären Anlage ihrer Institute und ihres Studiums in die interdisziplinäre Forschungsk Kooperation.<sup>29</sup> Zwar war der Anteil von Gemeinschaftspublikationen der Orientwissenschaftler im Vergleich zum nichtsozialistischen Ausland relativ hoch, doch spiegelten diese Arbeiten, so-

<sup>26</sup> Brauner et. al. (1974a): 760; Schirmer (1974): 713.

<sup>27</sup> Brauner et. al. (1974b): 415.

<sup>28</sup> Die Sektion Afrika- und Nahostwissenschaften bildete die monodisziplinären Fachgruppen Geschichte, Ökonomie, Sprachwissenschaft, Staat und Recht, Soziologie, Philosophie/ Ideologie, Kulturwissenschaften, Ethnographie und Altorientalistik, die ihre Arbeit zum Teil in Vorbereitung für die Arbeitsgruppen des ZENTRAAL ausübte. Brauner et. al. (1976): 765.

<sup>29</sup> Vgl. ausführlich die Darstellung in Hafez (1995a): 121-128.

fern sie überhaupt nicht nur eine Sammlung eigenständiger Aufsätze waren, sondern aufeinander bezogene Beiträge enthielten, vor allem multidisziplinäre Betrachtungsweisen wider. Die Vielfalt gesellschaftswissenschaftlicher Herangehensweisen kam hier zum Tragen, da Probleme aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet und diskutiert wurden. Die Sichtweisen blieben jedoch für sich bestehen, ohne daß sie in eine "Gesamtschau" (Heckhausen) eingebracht worden wären.<sup>30</sup> Zu den Ursachen dieser Entwicklung zählte, neben den Widerständen innerhalb der wissenschaftlichen Gemeinschaft selbst, ein Dilemma zwischen "innerem" und "äußerem Wissenschaftssystem". So forderte die SED unter Berufung auf die Einheit des Marxismus-Leninismus als dem "überlegenen Instrument" zum Verständnis einer komplexen Welt einerseits die Reintegration der Disziplinen in kollektive Arbeitsprozesse, hemmte jedoch gleichzeitig durch die Vorgabe ihrer eigenen, festgelegten Interpretationen marxistischer Politökonomie die Suche nach neuen integrierten Ansätzen. Das Maß der Interdisziplinarität mußte daher zwangsläufig auf die im Marxismus-Leninismus enthaltenen Komponenten beschränkt bleiben. Weder konnte, um nur einige Beispiele zu nennen, der Begriff der "Klasse" durch die Einbeziehung kultur-, religions-, ethno- und sozialhistorischer Überlegungen von seiner reduzierten ökonomischen Herleitung befreit und auf eine den nahöstlichen Gesellschaftsstrukturen angemessene Art und Weise revidiert, noch offensichtliche Lücken der "Theorie der nichtkapitalistischen Entwicklung" hinsichtlich der Analyse der Rolle der Religion, des Nationalismus und des Feminismus im Orient geschlossen werden. Die unabdingliche Befähigung interdisziplinärer Forschung zur Neudefinition zweifelhafter Fachtheoreme war unter den politischen Bedingungen der DDR nicht gegeben.

#### 1.4 Komparative Regionalforschung

Die Regionalwissenschaften der DDR waren durch ein doppeltes Strukturprinzip gegliedert. Neben dem interdisziplinären Regionenstudium wurde die komparative und theoretisch orientierte Regionalforschung institutionalisiert. Die Impulse für den Ausbau dieser Forschungskomponente gingen auch in diesem Fall vom "äußeren Wissenschaftssystem" - Partei und Staat - aus, das nach der ersten Phase des Aufbaus komplexer Regionalinstitute bis Mitte der sechziger Jahre landesweite Anstrengungen zur theoretischen Standortbestimmung der Außen- und Entwicklungspolitik in zentralen Forschungsprojekten förderte. Der Theoriebedarf des Staates resultierte dabei aus der Veränderung der politischen Konstellationen nach der internationalen diplomatischen Anerkennung der

<sup>30</sup> Heckhausen (1987): 138.

DDR. Hatte sich die DDR-Entwicklungs- und Nahostpolitik bis dahin vorwiegend auf revolutionstheoretische Axiome der leninistischen Imperialismustheorie gestützt und diese um Elemente bereichert, die, wie die Kollektivismus- und Rivalitätsthese, die vom "Neokolonialismus" der BRD ausgehende "besondere Gefährlichkeit" hervorhoben, so verlangte die Ausweitung der außenpolitischen und -wirtschaftlichen Kooperation mit der "nationalen Befreiungsbewegung" eine konzeptionelle Aufwertung des außereuropäischen Raumes. Als Ergänzung regionaler Studien mit beschränktem Wirkungsbereich diente die vergleichende Länderanalyse dazu, "die wichtigsten aktuellen Probleme der ehemals kolonialen Welt, die Grundfragen und Haupttendenzen ihrer gesellschaftlichen Entwicklung systematisch und theoretisch geschlossen zu untersuchen"<sup>31</sup> und die gesellschaftlichen Prozesse in den Entwicklungsländern "in die Zusammenhänge der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus" einzuordnen.<sup>32</sup> Solche Übereinkünfte stellten, wie gezeigt, anders als im Fall der interdisziplinären Kooperation, bei der die Vorgabe eines ideologischen Rahmens als innerer Widerspruch wirken mußte, eine förderliche Ausgangsbasis für die *intratheoretische* Kooperation dar. Die bereits vorhandene Ideologie konnte durch regionale Vergleichsstudien differenziert werden. Anstelle einer Vielzahl von Blickwinkeln gab es eine einheitliche Blickrichtung bei der Betrachtung der Entwicklungsländer. Die Arbeitsgruppen des ZENTRAAL, der auf dem Gebiet der komparativen Regionalforschung eine theoretische Überbaufunktion besaß, waren dementsprechend monodisziplinär ausgerichtet. Hinzu kamen im Jahr 1976 das an der Karl-Marx-Universität Leipzig gegründete Interdisziplinäre Zentrum für Vergleichende Revolutionsforschung unter Leitung von Manfred Kossok, das in der Nachfolge der von Walter Markov institutionalisierten vergleichenden Revolutionsforschung der 60er Jahre stand, sowie ein im Jahr 1985 gegründeter Arbeitskreis zu Problemen der Entwicklungsländer an der Universität Leipzig, der als "repräsentative(s) Gremium für die Diskussion komplizierter neuer Fragen mit großer Zukunftsbedeutung" eingeführt wurde.<sup>33</sup> Die genannten Einrichtungen waren Teil einer integrierten Wissenschaftsstruktur, die die einzelnen Regionalwissenschaftler zusätzlich zu ihrer regionenspezifischen Forschung dazu anhielt, in Arbeitsgruppen, Handbüchern und auf Konferenzen Beiträge zu regionenübergreifenden Themen beizusteuern.

<sup>31</sup> Rathmann (1974): XXII.

<sup>32</sup> Barthel/Gaudes (1977): 662.

<sup>33</sup> Kück (1985).

## 2 Theorie, Positionen und Kontroversen der DDR-Forschung

Das Rätssystem der Regionalwissenschaften sollte für die effektive Umsetzung der politischen Vorgaben sorgen und stellte gleichzeitig im "externzentralistischen Steuerungsmodell" (Förtsch) der DDR-Wissenschaft ein potentielles Moment der Partizipation und der Kommunikation zwischen Wissenschaft und Politik dar. Im Bereich der Regionalwissenschaften kam jedoch eine demokratische Komponente nur begrenzt zum Tragen, und inhaltlicher Nonkonformismus im Sinne eines grundlegenden Widerspruchs gegen den Marxismus-Leninismus und die hieraus abgeleitete Theorie des "nichtkapitalistischen Entwicklungsweges" war in den Publikationen der gegenwartsbezogenen Orientwissenschaft nicht erkennbar. Die These, daß es sich bei der gegenwartsbezogenen Orientwissenschaft um ein herrschaftsfreies "Nischenfeld" handelte, wie es möglicherweise die Alt- und klassische Orientalistik in stärkerem Maß war,<sup>34</sup> ist schon angesichts der das Steuerungssystem ergänzenden Forschungskontrolle durch Zensur<sup>35</sup> nicht aufrechtzuerhalten. Nur selten ergaben sich aus den Gegenständen selbst Freiräume für die Forschungstätigkeit, zumal eine Distanz zu brisanten und aktuellen Themen und ein Rückzug auf historische Gebiete nicht im Sinne der Praxis- und Gegenwartsorientierung der Disziplin lag, die das Forschungsprofil prägte. Weitaus entscheidender und für die Literaturproduktion im Bereich der Orientwissenschaft prägnanter als die Distanzierung der Wissenschaftler von den politischen Vorgaben war der Wandel, der sich im Verlauf der siebziger und achtziger Jahre innerhalb der zentralen Forschungs- und Rahmenpläne selbst verzeichnen ließ. Im Zuge der diplomatischen Anerkennung der DDR und der Entfaltung ihrer Außenpolitik dominierten in den siebziger Jahren die marxistisch-leninistische Abfolge der Gesellschaftsformationen, der Leninsche "nichtkapitalistische Entwicklungsweg", der "weltrevolutionäre Prozeß" und die Abgrenzung von westlichen Modernisierungs-, Konvergenz- und Dependenztheorien. Im Übergang zu den achtziger Jahren war eine deutliche Desaktualisierung der Ideologie, eine Tendenz zur Terminologie des internationalen Rechts und zur Einbeziehung autochthoner, regionaler Momente (Religion, regionale Konfliktursachen) zu erkennen. Die partielle ideologische Öffnung der Forschung war folgerichtig im Sinne des in den achtziger Jahren von der SED eingeschlagenen entwicklungspolitischen Kurses. Die Partei versuchte, zwischen ideologischer Konsolidierung und politisch-ökonomischer Pragmatisierung zu vermitteln und strebte in diesem Spannungsverhältnis nach flexiblen Formen der Positionsbeschreibung.

<sup>34</sup> Vgl. den Beitrag von Hans Neumann im selben Band.

<sup>35</sup> Vgl. ausführlich die Darstellung in Hafez (1995a): 116-119.

### 2.1 Politische und wirtschaftliche Entwicklung

Die orthodoxe theoretische Grundlage für den wissenschaftlichen Umgang mit der "Dritten Welt" bildete ein in Anlehnung an Lenin konzipiertes, dreistufiges Entwicklungsmodell zum Sozialismus.<sup>36</sup> In der ersten Etappe sollte die formelle Unabhängigkeit von den Kolonial- und Imperialmächten und in der zweiten Etappe, der "Nationaldemokratie", der Übergang zum Sozialismus (dritte Etappe) erfolgen. Die "Nationaldemokratie" sollte nach dem Kampf gegen die "feudalen" Kräfte schrittweise durch "antikapitalistische" Maßnahmen (Verstaatlichungen usw.) in eine zweite Phase übergehen, in der der Klassenkampf gegen das "Bürgertum" die bis dahin mögliche Kooperation ersetzen und so eine Entwicklung zum Sozialismus unter Umgehung des kapitalistischen Stadiums ("nichtkapitalistischer Entwicklungsweg") ermöglichen sollte.

#### 2.1.1 Soziologie

Für die ostdeutsche Orientsoziologie blieb sowohl der Begriff der "Klasse" als auch die der europäischen Geschichte entlehnte, zum "Universalhistorikum" erklärte Stufung der Klassengesellschaften und -formationen grundlegend. Die Wissenschaftler versuchten einen orientalischen "Feudalismus" und die bis in die Moderne reichende Existenz "feudaler" Klassen nachzuweisen.<sup>37</sup> Ohne die Anwendbarkeit des Klassenkonzepts wegen der fortwirkenden Gültigkeit religiöser, ethnischer, tribaler, familiärer, klientelistischer und anderer personaler Bindungen in Frage zu stellen und ohne Zweifel an der Übertragbarkeit der spezifischen west- und mitteleuropäischen Ausprägung der Klassenstruktur zu hegen, wurde eine Fünf-Teilung orientalischer Gesellschaften in "Proletariat", "Bauernschaft", "Kleinbürgertum"/"Zwischenschichten", "Bourgeoisie" und "Feudalklasse" angenommen.<sup>38</sup> Erst in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre sind einzelne Beiträge nachzuweisen, die einen Rückgang des "Vulgär-Materialismus"<sup>39</sup> in der Orientsoziologie erkennen lassen. Von einigen, zumeist jüngeren Autoren wurden die in den Forschungsplänen der Regionalwissenschaften gewachsenen Spielräume genutzt, indem Spezifika ökonomischer Klassen - etwa der Bazarbourgeoisie - sowie

<sup>36</sup> Zur Einführung in die Entwicklungstheorie der DDR vgl. Spanger/Brock (1987).

<sup>37</sup> Vgl. Brandt et. al. (1987): 21-25.

<sup>38</sup> Vgl. exemplarisch Grienig/Müller (1981): 156-192, sowie die ausführliche Darstellung in Hafez (1995a): 163-180.

<sup>39</sup> Vgl. das Oral-History-Interview mit Gerhard Höpp in Hafez (1995a): 443.

die Beharrlichkeit vorkapitalistischer Verhältnisse hervorgehoben wurden.<sup>40</sup> Der Klassenbegriff stellte im politischen System der DDR ebensowenig eine wertfreie Analysekategorie dar wie die gesamte Wissenschaft. Die Funktion des Klassenbegriffs und der Klassenanalyse als "Instrument des Klassenkampfes" bestand in der Stützung einer teleologisch orientierten Entwicklungstheorie, die die Strukturierbarkeit von Gesellschaften nach dem ökonomischen Klassenprinzip unabdingbar voraussetzte. Der Flexibilisierung soziologischer Kategorien waren Grenzen gesetzt, die weitgehend mit den Grenzen einer mehrwertbildenden und ausbeuterischen Gesellschaft identisch waren. Da das chinesische Beispiel gezeigt hatte, daß zwischen Soziologie (Klasse "an sich") und Ideologiebildung (Klasse "für sich") ein enger Zusammenhang bestand, wurde von den ostdeutschen Wissenschaftlern auch die Formationsgeschichte Europas eurozentrisch generalisiert, um den Allgemeingültigkeitsanspruch der marxistisch-leninistischen Theorie und den politischen Führungsanspruch der realsozialistischen Staaten im Nahen Osten und Nordafrika zu stützen. Die DDR-Wissenschaft stand damit in der Tradition einer weitgehend spekulativen marxistisch-leninistischen Orientsoziologie.<sup>41</sup> Mit westlichen Interpretationsschulen vom orientalistischen Mosaiksystem, der hydraulischen Gesellschaftsidee Karl A. Wittfogels über den Neomarxismus bis zum neueren Artikulationsparadigma setzten sich die Wissenschaftler nicht auseinander. Die Diskussion über die Marxsche "asiatische Produktionsweise", die zeitweise eine Ersatzfunktion für die fehlende Beschäftigung mit der Orientsoziologie außerhalb der sozialistischen Staaten übernommen hatte, war vor allem von der klassischen Orientalistik der DDR getragen worden, die aufgrund ihrer marginalen politischen Bedeutung größere Interpretationsspielräume besaß.<sup>42</sup>

#### 2.1.2 "Politologie"

Die Staatsmacht im Nahen Osten und Nordafrika basierte aus der Sicht der DDR-Wissenschaft auf der Herrschaftsausübung durch die jeweils dominierenden Gesellschaftsklassen. Zu unterscheiden waren demnach vier verschiedene politische Systeme: "feudal-aristokratische" (Saudi-Arabien, Qatar, Bahrain, Oman, Vereinigte Arabische Emirate), "feudal-bürgerliche" (Kuwait, Jordanien,

<sup>40</sup> Tunsch (1989): 471-478.

<sup>41</sup> Vgl. Farsoun/Hajjar (1990): 160-197.

<sup>42</sup> Zur weitaus disparateren Diskussion über den Feudalismus, die "asiatische Produktionsweise" u.a.m. in der Alt- und klassischen Orientalistik vgl. den Beitrag von Neumann im selben Band sowie Hafez (1995a): 175f.



Marokko), "bürgerliche" (Libanon, Tunesien, Ägypten, Sudan) und "revolutionär-demokratische" (Syrien, VDR Jemen, Algerien, Irak, Libyen).<sup>43</sup> Die ostdeutschen Nahostexperten zeigten eine deutliche Präferenz für die militärgestützte Entwicklungsdiktatur zur Stabilisierung der labilen, zwischen unterschiedlichen Klasseninteressen oszillierenden "kleinbürgerlichen" Herrschaft.

Eines der auffälligsten Merkmale der ostdeutschen Wissenschaft war jedoch, daß Gegenstände der Politikwissenschaft nur in Ansätzen und begrenzt auf den Herrschafts- und Staatsmachtbegriff erforscht wurden. Auch er besaß im Grunde keine individuellen Konturen, sondern war in weiten Teilen eine Ableitung des Klassenbegriffs. Das allgemein geringe Ansehen der "Politologie" in der DDR erklärt die Tatsache, daß sich in der Orientwissenschaft lediglich eine Staats- und Rechtswissenschaft etablieren konnte, nicht jedoch eine Politikwissenschaft zur Rationalisierung politischer Vorgänge. Eine Ausnahme stellten lediglich wenige ostdeutsche Schriften am Ende der siebziger Jahre dar, die im Rahmen einer generellen Aufwertung der Biographieforschung und, angelehnt an sowjetische Forschungsergebnisse, den orientalischen Herrschaftsbegriff durch personale Elemente ("Charisma") erweiterten.<sup>44</sup>

### 2.1.3 Ideologiekritik

Anstelle der Politologie nahm die Ideologiekritik in der Orientwissenschaft einen beträchtlichen Raum ein. Zum Arabischen Nationalismus pflegte die ostdeutsche Orientwissenschaft ein taktisch-strategisches Verhältnis und befand sich mit ihren Analysen in einer Vermittlerposition zwischen der notwendigen ideologischen Distanzierung und der von der DDR betriebenen realpolitischen Annäherung an eine Reihe von arabischen Regierungen. Erst im Zuge des durch die weltweite Anerkennung der DDR wachsenden ideologiekritischen Freiraums war für die ostdeutsche Wissenschaft der Zeitpunkt gekommen, die Historizität des Arabischen Nationalismus deutlicher als zuvor herauszuarbeiten. Vor allem die revolutionären Staaten wie Ägypten und Syrien sollten im Zuge der "sozialen Vertiefung" ihrer Revolutionen durch die Übernahme des Klassendenkens den für die "Bourgeoisie" profitablen nationalen Integritismus der postkolonialen Ära beenden. Ideologische, parteiorganisatorische und andere Maßnahmen des "Klassenkampfes" in Gesellschaft und Wirtschaft sollten zur Stabilisierung der "nichtkapitalistischen Entwicklung" und des Übergangs zum Sozialismus nach sowjetischem Modell beitragen. Hier unterschied sich die DDR-Orientforschung von

<sup>43</sup> Baumann/Nimschowski (1979): 621-632.

<sup>44</sup> Vgl. u.a. Höpp/Polleschack (1979): 843-854.

den westlichen und arabischen Theoretikern, die dem Nationalismus unter den besonderen Bedingungen arabischer Gesellschaften eine über die formelle Unabhängigkeit hinausreichende Bedeutung für die innergesellschaftliche Entwicklung (*nation-building*, Aggregation sozialer Potentiale usw.) zubilligten.<sup>45</sup>

Wenn die Jahre von 1967 bis 1972 als die Zeit des intensivsten direkten Eingriffs der Orientwissenschaftler in den Ost-West-Konflikt betrachtet werden können, so gehörte es zu den wichtigsten Aufgaben der ostdeutschen Forscher, den wissenschaftlichen Sozialismus vom Arabischen Sozialismus abzugrenzen, der sich seit den sechziger Jahren als "dritter Weg" zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu etablieren trachtete. Fragen des Klassendenkens, des Klassenkampfes und internationaler Bündnisse bestimmten die ideologiekritischen Analysen. In allen Arbeiten wurde zwischen "reformistischen" und "utopischen" Konzeptionen des Arabischen Sozialismus unterschieden. Als Prototyp des "reformistischen" Arabischen Sozialismus galten die Ideen des Baath-Gründers Michel Aflaq, der tunesische Dastur-Sozialismus und der Sozialismus Sadatscher Prägung. Trotz starker Stellung der staatlichen Sektoren strebten diese Modelle aus der Sicht der DDR-Wissenschaft keine sozialistischen Gesellschaften an, sondern waren "kapitalistisch orientiert".<sup>46</sup> Als virtuelle Versuche, eigene Wege zum Sozialismus zu gehen, wurden hingegen die "utopischen" Sozialismuskonzeptionen des Irak, Syriens und Ägyptens betrachtet, die gleichwohl als inkonsistent und protowissenschaftlich angesehen wurden.<sup>47</sup>

In der ostdeutschen Ideologiekritik, die auf den Traditionen des europäischen Marxismus basierte, wurde der Arabische Sozialismus als eine Sammlung "utopischer" Seitentriebe oder "reformistischer" Abarten des Marxismus betrachtet. Die Authentizität des Arabischen Sozialismus, der häufig in eklektischer Manier europäische Denktraditionen mit orientalischen Lebensformen und Überlieferungen harmonisiert - Olivier Carré spricht von einer *occidentalisation modulée* -,<sup>48</sup> konnte kaum erfaßt und daher die mangelnde Akzeptanz des Marxismus-Leninismus im Orient von der DDR-Wissenschaft nicht hinreichend erklärt werden. Es ließen sich jedoch drei Rezeptionsphasen in Abhängigkeit von der Stellung des Marxismus-Leninismus im Nahen Osten unterscheiden. Noch zu Beginn der siebziger Jahre dominierte bei den Orientwissenschaftlern der DDR die Erwartung einer ideologischen Annäherung an den Marxismus-Leninismus. Die Wende in der Politik Anwar as-Sadats begünstigte hingegen Tendenzen einer apolitisch-historisierenden Wissenschaft, die sich vor allem auf die hoffnungsvolle Ära Abd an-Nasser

<sup>45</sup> Zur Nationalismusrezeption vgl. Höpp/Robbe (1983): 23-25, 79-91.

<sup>46</sup> Timm (1983): 449-453.

<sup>47</sup> Höpp (1970): 234.

<sup>48</sup> Carré (1993): 11-38.

zurückbesann. In den achtziger Jahren schließlich verlagerte sich der Schwerpunkt der Ideologiekritik vom Sozialismus zum politischen Islam, und die nahostwissenschaftliche Sozialismusforschung entwickelte sich zu einem kritischeren, gleichzeitig jedoch politisch unbedeutenden und rein akademischen Diskurs. Eine ausgeprägte Kultur der Kommunismusanalyse existierte in der ostdeutschen Orientwissenschaft nicht, da die machtpolitisch ausgerichtete Entwicklungstheorie eine "Logik der Einparteienstruktur" (Müller)<sup>49</sup> anstelle der Klassensolidarität mit den Vertretern der Arbeiterklasse zugrunde legte. Die Lage der kommunistischen Parteien im Nahen Osten und Nordafrika, die häufig Repressalien ausgesetzt waren, wurde in der DDR nicht untersucht, und den legalen Parteien wurden Bündnisse mit den herrschenden Kräften anempföhlen.<sup>50</sup> Die DDR-Wissenschaft machte sich damit faktisch den Legalitätsbegriff der "national-" und "revolutionär-demokratischen" Regierungen zu eigen, auch wenn eine Auflösung der kommunistischen Parteien in der Region, wie sie in der UdSSR in den sechziger Jahren tatsächlich diskutiert wurde, in der DDR-Orientwissenschaft nicht erwogen wurde.<sup>51</sup> Die Allianzfrage besaß angesichts der realen Kräfteverhältnisse in der Region kaum politische Relevanz und fast ausschließlich legitimatorischen Charakter. Erst in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre waren in verschiedenen ostdeutschen Schriften angesichts erodierender Perspektiven der "Nationaldemokratie" Ansätze eines prokommunistischen Votums zu erkennen.<sup>52</sup>

#### 2.1.4 Ökonomie

Wirtschaftswissenschaftliche Untersuchungen besaßen in der marxistisch-leninistischen Forschung, die grundlegend von einer durch ökonomische Faktoren geprägten Welt ausging, naturgemäß eine bedeutende Rolle. Die Orientwissenschaftler der DDR beschäftigten sich eingehend mit Einschränkungen des "parasitären" Konsums in den arabischen Gesellschaften, der Erhöhung der Kapitalgewinne durch die Steigerung des Ölpreises auf der Grundlage nationalisierter Öl-

<sup>49</sup> Müller (1991): 23.

<sup>50</sup> Fuchs (1974): 433-445.

<sup>51</sup> Walter Laqueur hat darauf hingewiesen, daß vor allem in den fünfziger und sechziger Jahren, d.h. auf dem Höhepunkt der nationalen Befreiungsrevolutionen, in der Sowjetunion Überlegungen angestellt wurden, ob die regionalen kommunistischen Parteien überhaupt noch eine Existenzberechtigung besaßen oder ob sie sich auflösen und die Kommunisten individuell, wie in einem "Gang durch die Institutionen", in die nationalen Fronten infiltriert werden sollten. Laqueur (1969): 173ff.

<sup>52</sup> Kulow (1987c): 63-74.

industrien, der Dynamisierung der Industrie und Arbeitsplatzentwicklung, der Modernisierung der Agrarstrukturen, der taktischen Heranziehung von Krediten aus den westlichen Industriestaaten, der Entwicklung der *terms of trade* der Entwicklungsländer und anderen Fragen. Während im Bereich der inneren Wirtschaftsfaktoren im Verlauf der achtziger Jahre eine tendenzielle Öffnung gegenüber kapitalistischen Entwicklungen zu verzeichnen war, wurde die kapitalistische Weltwirtschaft während der gesamten Existenzperiode der DDR negativ bewertet. Das grundlegende Bestreben der ostdeutschen Wissenschaftler richtete sich auf die Herauslösung der regionalen Staaten aus dem kapitalistischen Weltwirtschaftssystem, insbesondere auf die verbesserte Nutzung des Erdölkapitals der arabischen Staaten und Irans.<sup>53</sup> Die wissenschaftliche Begleitung der ostdeutschen Außenwirtschaft wurde nach der vorläufigen Regelung der deutschen Frage zu einem der wichtigsten Beschäftigungsfelder der Orientwissenschaftler.

#### 2.1.5 Strömungen der gegenwartsbezogenen Orientwissenschaft

In der ostdeutschen Forschung über die politische und ökonomische Entwicklung des Nahen Ostens und Nordafrikas zeigten sich in den achtziger Jahren verschiedene Momente der Diskontinuität, die dem Wissenschaftsbetrieb trotz des formalen Erhalts einer einheitlichen marxistisch-leninistischen Denkschule in begrenztem Umfang ein heterogenes, pluralistisches Gepräge verliehen. Bei dem Versuch, die Wandlungerscheinungen der speziellen wie allgemeinen Untersuchungen zu systematisieren und sie als Wissenschaftsströmungen zu beschreiben, bewährt sich eine Unterscheidung zwischen orthodoxen und korrektiven Ansätzen. Kennzeichen der Orthodoxie war der Unwille, angesichts der sichtbaren und allseits konzidierten Rückschläge des Sozialismus im Nahen Osten und in Nordafrika die Entwicklungstheorie (Theorie des "nichtkapitalistischen Entwicklungsweges") taktisch, strategisch oder inhaltlich zu revidieren. Es folgte eine Verengung der revolutionären Perspektive auf nur wenige Staaten der Region (vor allem auf Süd-Jemen und Algerien) und ein geistiges Abdriften in eine prophetisch anmutende Vision der zeitlichen Verschiebung der Weltrevolution (Phänomen der Revolutionsverschiebung). Zur interpretativen Kontinuität neigte vor allem die etablierte Leipziger Orientwissenschaft, die noch im Jahr 1988 zu Geduld mit der arabischen Revolution mahnte und von einer "Phase des Kräftesammels" nach "Perioden des stürmischen Voranschreitens" sprach.<sup>54</sup> Sie war unter den Bedingungen der politischen Entwicklungen der späten siebziger und der achtziger

<sup>53</sup> Barthel/Rathmann (1974): 895-918.

<sup>54</sup> Baumann et. al. (1987): 170, 174; vgl. a. Rathmann/Voigt (Hg.) (1988): 8.

Jahre im Nahen Osten und Nordafrika zur Sprachlosigkeit verurteilt, die Produktivität der Sektion Afrika- und Nahostwissenschaften ging merklich zurück, und die Leipziger Forschung verzeichnete nach dem rasanten Aufbau früherer Jahrzehnte einen Niedergang, von dem die Orientforscher an der Akademie der Wissenschaften in Berlin durch größere fachliche Präsenz profitieren konnten.

Ein begrenztes Phänomen, fraglos jedoch für die Wissenschaftsdiskussion in der Spätphase der DDR von großer Bedeutung, waren Interpretationen, die zu einer Korrektur des "nichtkapitalistischen Entwicklungsweges" mit Blick auf den Nahen Osten neigten. Unter dem Begriff des "zögerlichen Paradigmenwechsels" können jene ostdeutschen Beiträge gefaßt werden, die in speziellen soziologischen oder wirtschaftswissenschaftlichen Fragen oder in der globalen Einschätzung von Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie Verbesserungen am ideologischen Deutungssystem vornahmen, wie sie im Rahmen der Desaktualisierungstendenzen der Ideologie in den Forschungsplänen möglich geworden waren. Unter dem Begriff des "Nationalkapitalismus" versuchten sich verschiedene Autoren mit der Unvermeidlichkeit der regionalen Kapitalismusentwicklung zu arrangieren und evaluierten die produktiven Effekte des autozentrischen Kapitalismus - Kapitalismus im Inneren, Distanzierung vom "Imperialismus" nach außen - in den arabischen Staaten.<sup>55</sup> In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre waren somit verschiedene Wissenschaftler der DDR bereit, unter der Bedingung der Aufrechterhaltung einer theoretischen Klammer mit dem Marxismus-Leninismus und mit dem Proviso der Wahrung des bestehenden internationalen Mächtegleichgewichts, einen "dritten Weg" der Gesellschaftsentwicklung in Entwicklungsländern anzuerkennen. Eine weitere Variante dieser Forschungsströmung war die Aufwertung der "bürgerlichen Demokratie" als einer Herrschaftsform, die traditionell dem Kapitalismus zugeordnet wurde. Sie sollte die Entwicklung der Arbeiterklasse in der arabischen Welt und die Mobilisierungspotentiale für die sozialistische Revolution fördern.<sup>56</sup>

Wie die temporäre "Revolutionsverschiebung" der orthodoxen Orientwissenschaftler war der "zögerliche Paradigmenwechsel" im Kern ein Anpassungs- und Korrekturvorgang. Er beinhaltete Elemente einer Regression zu Marx, der grundlegend von der Notwendigkeit eines Durchschreitens des Kapitalismus auch in der außereuropäischen Welt ausgegangen war, sowie Anklänge an die binnenmarktorientierten Entwicklungsstrategien der Dependenztheorie. Zwar wurde der "nichtkapitalistische Entwicklungsweg" als Königsweg der Gesellschaftsentwicklung erhalten und niemals einer Revision im Sinne einer Falsifikation seiner

grundlegenden Annahmen (Umgehbarkeit des Kapitalismus, Bündnis mit der sozialistischen Staatenwelt) unterzogen, die es rechtfertigen würde, von einer Herausbildung verschiedener Schulen der ostdeutschen Orientwissenschaft zu sprechen; doch deutete sich eine *Erweiterung* des theoretischen Instrumentariums an, die zwar den "nichtkapitalistischen Entwicklungsweg" formell unangetastet ließ, ihn jedoch durch ein neues Stadium ergänzte, das einzelnen Ländern, die sich gegen die Logik der Geschichte nicht "nichtkapitalistisch" entwickelten, die Möglichkeit geben sollte, sich durch den "Nationalkapitalismus" (Kapitalismus nach innen, prosozialistische Orientierung nach außen) zum Sozialismus zu entwickeln. In Teilen der Wissenschaft fand damit eine Ausbildung von Strömungen statt, die sich schrittweise und langfristig zu einer Entdogmatisierung des Marxismus-Leninismus und zur Herausbildung eines pluralistischen Gefüges von Wissenschaftsschulen entwickeln konnten. Der "zögerliche Paradigmenwechsel" befreite nicht nur die DDR-Außenpolitik und -wirtschaft von Legitimitätszwängen im Umgang mit den kapitalistischen Staaten des Nahen Ostens und erlaubte profitablere Südbeziehungen; er führte die Wissenschaft auch langsam aus den Sphären von Weltanschauung und Philosophie und bereitete durch die Annäherung an bereits bestehende Paradigmen - letztlich durch einen Prozeß der theoretischen Annäherung und Anpassung an Denkschulen außerhalb der realsozialistischen wie der Dependenztheorie - den partiellen Anschluß an den internationalen Forschungsstand vor.

## 2.2 Islamwissenschaft

Eine eigene Form des Interpretationswandels vollzog sich im Umgang mit islamischen politischen Ideologien. An dieser dritten ideologiekritischen "Front" veröffentlichten die Orientwissenschaftler der DDR im Übergang zu den siebziger Jahren nur wenige Schriften, in denen sie sich gegen Ideen eines Islamischen Sozialismus, gegen den "reaktionären" Fundamentalismus und für eine Kooperation der "revolutionären Demokraten" mit den konzessionsbereiten Teilen des sogenannten offiziellen (Al-Azhar-Universität) und des intellektuellen Islam aussprachen. Demnach war der Islam als eine Ideologie, die historisch in der "Klassengesellschaft" ihre Form angenommen hatte, nicht im Sinne einer besitz- und klassenlosen Gesellschaft und als eigenständiger Weg zum Sozialismus interpretierbar.<sup>57</sup> Angesichts des noch immer vorhandenen, wenngleich "gesetzmäßig" schwindenden Vertrauens, das der Islam bei der arabischen Bevölkerung genoß, sollte er jedoch vorübergehend zur Legitimierung säkularer revolutionärer Politik

<sup>55</sup> Güttler et al. (1989): 633-644.

<sup>56</sup> Kulow (1987b): 75-84.

<sup>57</sup> Vgl. Rathmann (1974): 352f.

herangezogen werden. Die Orientwissenschaftler unterstützten zugleich das Verbot der ägyptischen Muslimbruderschaft, die als "reaktionäre" und "faschistische" Organisation eingestuft wurde, deren Ideologie längst vergangenen Zeiten und deren Politik überlebten Klassen und Schichten ("Feudalklasse", "Großbourgeoisie") anhing.<sup>58</sup> Im Übergang von den sechziger zu den siebziger Jahren befand sich die DDR-Wissenschaft insgesamt mit ihrer gleichzeitigen Unterstützung eines restriktiven Vorgehens gegen islamische Gelehrte, Institutionen und Gruppierungen und der Forderung nach einem legitimatorischen Einsatz religiöser Symbole im Zeichen der säkularen Revolution in einem ungelösten Spannungsverhältnis zwischen disparaten Strategien der Religionskritik.

Nach der Iranischen Revolution der Jahre 1978/79 und im Zuge der "Reislamisierung" orientalistischer Politik veränderte sich die Islam-Rezeption in der DDR grundlegend. Während die zur Orthodoxie neigenden Orientwissenschaftler nur verhalten reagierten und auf einer fortgesetzten Säkularisierung des geistigen und politischen Lebens in Nordafrika und im Nahen Osten beharrten, neigte ein anderer Teil der Wissenschaft offen zum Entwicklungsskeptizismus.<sup>59</sup> Dieser durch die "Reislamisierung" sensibilisierte Teil der Wissenschaft attestierte zumindest im Ansatz einen Bruch mit den bis dahin gehegten Entwicklungsperspektiven und widmete sich in der Folgezeit einer intensiven Islam-Rezeption. Die Wissenschaftler entsprachen damit der erstmals im Forschungsrahmenplan der gesamtsozialistischen MPK für den Zeitraum von 1981 bis 1985 vermerkten Forderung nach einer verstärkten Religionsanalyse und schlugen dabei sehr unterschiedliche Wege ein: von der Diskussion über eine notwendige Reform des Islam im Sinne einer laizistischen Gesellschaftsordnung<sup>60</sup> bis hin zur Überkompensation des marxistisch-leninistischen Entwicklungsskeptizismus durch eine Betonung des "sozialrevolutionären Potentials" islamischer politischer Ideen.<sup>61</sup> Die Lehre Ajatollah Khomeinis wurde hier zum Teil in eine einheitliche Traditionslinie mit dem Arabischen Sozialismus Gamal Abd al-Nasser eingebettet, was - gemessen an der nachhaltigen Kritik in den sechziger und siebziger Jahren - eine erhebliche ideologische Aufwertung des islamischen Fundamentalismus bedeutete. Wenngleich Ansätze dieser Art im Verlauf der achtziger Jahre hinter der ernüchterten Feststellung zurückblieben, daß sich kapitalistische Entwicklungen auch in islamisch verfaßten politischen Systemen durchgesetzt hatten, so war dennoch in den achtziger Jahren allen Strömungen des Wissenschaftsbetriebs - auch den zur Orthodoxie neigenden Orientwissenschaftlern - eine Bereitschaft zur "antiimpe-

<sup>58</sup> Grzeskowiak (1968): 36f.

<sup>59</sup> Robbe et al. (1980): 261-270.

<sup>60</sup> Höpp (1981): 1041-1052.

<sup>61</sup> Robbe (1981).

rialistischen" Kooperation auf dem Gebiet der Außenpolitik gemeinsam.<sup>62</sup> Noch vor dem "zögerlichen Paradigmenwechsel" in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre verdeutlichte damit die nach der Iranischen Revolution veränderte Islam-Rezeption den gesunkenen Stellenwert der DDR-Entwicklungstheorie und ließ den Versuch des Ostblocks erkennen, Einflußverluste im Arabisch-Israelischen Konflikt durch eine Annäherung an die islamische Staatenwelt pragmatisch zu kompensieren.

Als gesondertes Phänomen war zu vermerken, daß die Orientwissenschaftler der DDR in der vergleichsweise theoriefernen Behandlung der "Reislamisierung" und durch die Ähnlichkeit der Problemstellungen für die östliche und westliche Orientwissenschaft stellenweise Anschluß an die internationale Fachdiskussion fanden, von der sie zuvor weitgehend ausgeschlossen waren. Positionen der westlichen, vor allem der bundesdeutschen gegenwartsbezogenen Orientwissenschaft oder Publizistik wurden ausführlich kritisiert, und eine sozialmaterialistische Analyse "religiöser" Phänomene wurde selbstbewußt behauptet.<sup>63</sup>

### 2.3 Konfliktforschung

Die wissenschaftlichen Mitarbeiter der "Leitorgane" der SED und des MfAA prägten die Diskussion über den Nahostkonflikt stärker als andere Themen, was es erlaubt, bei der Behandlung ordnungspolitischer Fragen von einem "Primat der Leitorgane" auf Kosten der Universitäten zu sprechen. Die enge Verbindung mit der Tagespolitik erklärt auch die definitorische Verengung des "Nahostkonflikts" auf den Arabisch-Israelischen Konflikt. Die Erforschung des Libanesischen Bürgerkrieges, des Iran-Irak-Krieges, des Tschad- und des Westsaharakonflikts wurde nahezu völlig unterbunden,<sup>64</sup> und erst seit Mitte der achtziger Jahre waren durch eine kleine Zahl von Publikationen Öffnungstendenzen zu erkennen.<sup>65</sup>

Die ostdeutsche Einschätzung des Arabisch-Israelischen Konflikts entsprach den Postulaten der sowjetischen Orientalistik über das Wesen des politischen Zionismus.<sup>66</sup> Er wurde als historisch-fiktiv, inhärent rassistisch und chauvinistisch betrachtet und als Ideologie der jüdischen "Großbourgeoisie" dem "antiimperialistischen" Arabischen Nationalismus gegenübergestellt. Die Einschätzung galt ohne Unterschied für alle Strömungen des politischen Zionismus, für den Revisionis-

<sup>62</sup> Auch (1980): 927-930; Grzeskowiak/Fitz (1981): 919-922; Robbe (1984): 8.

<sup>63</sup> Höpp/Grzeskowiak (1984): 477-490.

<sup>64</sup> Vgl. das Oral-History-Interview mit Gerhard Höpp in Hafez (1995a): 439.

<sup>65</sup> Vgl. u.a. Fürtig (1986): 825-835; ders. (1989): 149-155.

<sup>66</sup> Primakov/Vlasov (Hg.) (1987): 459f.

mus ebenso wie für die Sozialdemokratie. Die ostdeutsche Wissenschaft konstruierte bis weit in die achtziger Jahre stereotype Bilder eines "äußerst aggressiven Klassenwesens" der jüdischen "Bourgeoisie".<sup>67</sup> Lediglich die kommunistischen Parteien Palästinas und später Israels wurden als Friedenskräfte betrachtet,<sup>68</sup> wobei jedoch der grundsätzliche historische Wandel der Parteioptionen vom Internationalismus zu einem national fundierten Kommunismus übersehen wurde.

Das grundlegende Verständnis der DDR-Orientforschung vom Arabisch-Israelischen Konflikt zielte auf die Auflösung regionaler und lokaler Konflikt determinanten zugunsten einer globalisierten Sichtweise. Als eigentliches Subjekt des Konflikts galt der "Imperialismus", dem die zionistische Bewegung und der Staat Israel nicht nur durch strategische Interessenübereinstimmung, sondern auch durch taktische Subordination verbunden waren. Erst die Ausbildung "staatsmonopolistischer Strukturen" in Israel in den sechziger und siebziger Jahren wertete Israels Rolle auf. Aus der Perspektive der DDR-Wissenschaft entfaltete das Land vor dem Hintergrund westlicher "Monopolinteressen" an den Ressourcen und strategischen Positionen des Nahen Ostens zunehmend eine aggressive und territorialexpansive Politik.<sup>69</sup> Die pauschale ostdeutsche Einschätzung des Zionismus wurde hier durch eine Verengung der Konflikt dynamik von potentiell drei Ebenen - Israel/Palästinenser, Israel/arabische Staaten, Ost-West-Konflikt - auf den Konflikt zwischen den Systemblöcken ergänzt.

Ein wichtiger Bestandteil der globalen Konfliktanalyse war es, der UdSSR und ihren Verbündeten eine bestimmende Rolle im Arabisch-Israelischen Konflikt einzuräumen. In der ostdeutschen Literatur fand die Oszillation der sowjetischen Außenpolitik von einer nach dem Zweiten Weltkrieg prozionistischen zu einer proarabischen Haltung in den fünfziger Jahren keine Beachtung. Die Suez-Krise des Jahres 1956 und der Sechs-Tage-Krieg des Jahres 1967 wurden als politische Erfolge einer ideologisch und emotional gefestigten sowjetisch-arabischen Beziehung dargestellt. Durch die undifferenzierte Analyse der sozialistischen Nahostpolitik verpaßten die ostdeutschen Autoren die Chance zur wissenschaftlichen Wegbereitung einer nach der arabischen Niederlage im Jahr 1967 erforderlichen Neuinterpretation der arabisch-sozialistischen Beziehungen.

Nach dem Oktoberkrieg des Jahres 1973 avancierte die Ablehnung eines "amerikanischen Friedens" im Nahen Osten zum Leitmotiv der DDR-Orientwissenschaft.<sup>70</sup> Er wurde als unfunktional im Sinne einer umfassenden Friedensregelung und als Fortführung der "neokolonialistischen" Kriegs- und Mandatspolitik des

<sup>67</sup> Bathke/Fuchs (1983): 16.

<sup>68</sup> Jörgensen (1978): 274-282.

<sup>69</sup> Timm (1989b): 918-920.

<sup>70</sup> Röhner (1979): 892-900; Schönfelder (1980): 499-514; Mardek (1982): 37.

*divide et impera* mit diplomatischen Mitteln abgelehnt. Die Diskussion über die negativen Folgen der Vereinbarungen von Camp David war defensiv geprägt, enthielt jedoch durch einen betonten Legalismus (UNO, Genfer Konferenz usw.), durch die Hervorhebung sowjetischer Konfliktprinzipien und durch die ostentative Hinwendung zur arabischen "Front der Standhaftigkeit" auch offensive Elemente.<sup>71</sup> In der ersten Hälfte der achtziger Jahre, nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan, stellte die DDR-Wissenschaft vor allem die Kritik an dem militärischen "Neoglobalismus" der USA und der israelischen Libanon-Invasion in den Vordergrund.

In den späten achtziger Jahren setzte in der nahostwissenschaftlichen Literatur der DDR ein Trend zur Regionalisierung der Konfliktbetrachtung sowie zur Korrektur des Israel-Bildes und des antizionistischen Theorems ein. Die Ursachen des Arabisch-Israelischen Konflikts wurden nicht mehr vorwiegend in globalen Faktoren, sondern auch in der Konfrontation zwischen unversöhnlichen Faktionen der israelischen, palästinensischen und arabischen Gesellschaften gesucht, was einen partiellen Wandel des Zionismus- und Israelbildes einschloß: "Auch in Israel sind nicht alle Juden Zionisten - und nicht alle Zionisten identifizieren sich mit der Außenpolitik der israelischen Regierung."<sup>72</sup> Im Gesamtzusammenhang der vorliegenden Arbeit ist festzustellen, daß die Tendenz zu einer Entideologisierung der Konfliktforschung eine Begleiterscheinung der veränderten sowjetischen Nahostpolitik in der Ära Gorbatschow, der vorsichtigen diplomatischen Annäherung an Israel und der Einstellung auf den Intifada-Aufstand, war und daher später erfolgte als die Flexibilisierung der Ideologie- und Gesellschaftsanalyse (bis hin zur Neubewertung islamischer Phänomene). Die These scheint gerechtfertigt, daß sich das "Neue Denken" Gorbatschows, das im Kern eine Entspannung ideologischer Deutungsmuster über systempolitische Grenzen hinweg bedeutete, auch in Teilen der nahostwissenschaftlichen Beiträge der DDR bemerkbar machte.

Die von der westlichen Forschung geprägte These, daß die DDR Befreiungskriege in der "Dritten Welt" grundsätzlich unterstützte, ist angesichts der Bevorzugung diplomatischer Lösungen und eines entsprechenden "pädagogischen" Umgangs der Orientwissenschaft mit der PLO in den achtziger Jahren zu differenzieren. Während in den Jahrzehnten zuvor die Gewaltfrage kaum thematisiert worden war, wurde nunmehr im Fall des palästinensischen Widerstandes die Bereitschaft zur Unterstützung des Befreiungskampfes von Zweifeln an der realistischen Perspektive des militärischen Guerilla-Kampfes und von der Ablehnung

<sup>71</sup> Ebert (1979): 321-324.

<sup>72</sup> Timm/Timm (1988): 17.

des individuellen Terrors und der Volksbefreiungsideologien verschiedener Teilgruppierungen der PLO begleitet.<sup>73</sup> Zur Richtschnur der Konfliktpolitik wurde aus der Sicht der ostdeutschen Wissenschaft die zunehmend konziliantere Politik der Fatah-Organisation Yasir Arafats - was auch ein hohes Maß an *Verständnisbereitschaft* für die Motive des palästinensischen Terrorismus unter den besonderen Bedingungen der israelischen Okkupation und der Vertreibung einschloß.

Der Libanesischer Bürgerkrieg und der Iran-Irak-Krieg wurden vor dem Hintergrund einer sowjetischen "Ausweichstrategie" im Dilemma zwischen verschiedenen befreundeten Staaten bis zum Ende der achtziger Jahre nahezu keiner wissenschaftlichen Aufarbeitung unterzogen. Als die wissenschaftspolitische Deregulierung einsetzte, war auch in diesem Bereich des Nahostkonflikts eine Erweiterung des Forschungsansatzes durch die Einbeziehung lokaler, regionaler und globaler Faktoren nicht zu übersehen.<sup>74</sup> Dennoch waren ideologische und politische Vorgaben auch weiterhin wirksam, vor allem dort, wo die Außenbeziehungen der DDR und der sozialistischen Staatengemeinschaft direkt berührt waren.<sup>75</sup> Ihre Funktion als vielfältiges Instrument der Außenpolitik verlor die gegenwartsbezogene Orientwissenschaft der DDR auch unter den Bedingungen der Liberalisierung der Konfliktforschung niemals.

#### 2.4 Frauenforschung

In der DDR wurde der gesellschaftlichen Stellung der Frauen und der Frauenemanzipation im Nahen Osten und Nordafrika nur wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Die Defizite in diesem Forschungsbereich waren gleichwohl kein spezifisches Phänomen der Orientwissenschaft, sondern - wie im Fall der Politikwissenschaft - bedingt durch das geringe Ansehen der feministischen Wissenschaft in der DDR und in den realsozialistischen Staaten. Zwar berücksichtigte die marxistisch-leninistische Wissenschaft die Frauenemanzipation als Teilbereich des sozialen Wandels, doch waren theoretische Mängel nicht zu verkennen. Die Frauenfrage wurde vor dem Hintergrund der Prämisse einer klassenbedingten Herausbildung und Entwicklung des orientalischen Patriarchats untersucht,<sup>76</sup> zugleich

<sup>73</sup> Robbe (1987): 34, 70f.; ders. (1986): 16f.; ders. (1981).

<sup>74</sup> Kulow (1987a): 28; Fürtig (1986): 825-835.

<sup>75</sup> In Fürtigs Analyse etwa waren die sozialistischen Staaten "friedliebende Kräfte", wobei unberücksichtigt blieb, daß etwa die UdSSR, ebenso wie die USA, Waffenlieferanten des irakisch-iranischen Krieges waren. Fürtig (1986): 832-834; vgl. im Gegensatz dazu: Mesbahi (1981): 163-181.

<sup>76</sup> Timm/Aalami (1976): 17f., 20f.

jedoch im Gesamtgefüge der Revolution inkonsequent verortet. Während die ostdeutsche Orientwissenschaft ideologische, politische und ökonomische Fehlentwicklungen nachhaltig kritisierte, wurde die Vernachlässigung der Frauenemanzipation durch die "kleinbürgerlichen" Revolutionäre in den arabischen Staaten nur am Rande getadelt, und in den achtziger Jahren kam es unter dem Eindruck der "Reislamisierung" sogar zu einer Verzichtspolitik in der Frauenemanzipation, um die revolutionären Regimes in ihren traditionellen Gesellschaften zu stabilisieren.<sup>77</sup> Eine orientalische Frauenbewegung, wie sie in der Zwischenkriegszeit existiert hatte, wurde als konsensgefährdend abgelehnt. Die DDR-Wissenschaft brachte hier deutlich ihre Vorliebe für Fragen des ideologischen und politischen Überbaus auch um den Preis einer Konservierung patriarchalischer Bindungen der Sozialstruktur zum Ausdruck und bestätigte gleichsam Nawal El Saadawis Annahme, daß auch in der realsozialistischen Welt das Patriarchat "seine letzten Schlachten schlug".<sup>78</sup>

Die ostdeutsche gegenwartsbezogene Orientwissenschaft konnte für sich in Anspruch nehmen, die normativen historischen Quellen des Koran und des islamischen Rechts ausführlich untersucht und einen für die marxistische Wissenschaftstradition sensiblen Umgang mit orientalischen Traditionen gepflegt zu haben.<sup>79</sup> Erkannt wurde etwa, daß der Islam Frauen nicht die Seele abspricht und Mann und Frau in den kultischen Rechten und Pflichten prinzipiell gleichgestellt sind, während der Koran gleichzeitig das Bild der geistigen, physischen und sozialen Überlegenheit des Mannes konstruiert. Herausgearbeitet wurde auch, daß, gemessen an der relativen Liberalität des Urislam, sich die rechtliche und soziale Stellung der Frauen durch die bis heute wirkende hochislamische Rechtspraxis erheblich verschlechtert hat. In der Forschung über die soziale Stellung von Frauen zeigte sich, daß in bestimmten Randbereichen des wissenschaftlichen Interesses, die für die Außenpolitik der DDR kaum von Belang waren, die Freiräume für fundierte historische und schriftkundliche Untersuchungen wuchsen.

#### 2.5 Kulturwissenschaft

In der politikorientierten DDR-Wissenschaft waren kulturwissenschaftliche Studien von untergeordneter Bedeutung. Gleichwohl stellten sie seit den späten siebziger Jahren auch einen Wachstumsbereich der Forschung dar, zumal aus der

<sup>77</sup> Weidnitzer (1984): 1037f.

<sup>78</sup> El Saadawi (1982): 180.

<sup>79</sup> Vgl. Walther (1980) sowie verschiedene Passagen in Timm/Aalami (1976); vgl. ausführlich die Darstellung in Hafez (1995a): 363-370.

arabisch-islamischen Kultur starke Widerstände gegen die Nachahmung des Marxismus-Leninismus erwachsen, denen durch eine eloquente Orientwissenschaft der realsozialistischen Staaten begegnet werden sollte. Die spannungsreiche Stellung der Orient-Kulturwissenschaft als gleichermaßen Rand- und Wachstumsbereich war für die Forschungsbeiträge der DDR prägend. Sie zeichneten sich einerseits durch ausgeprägte Schriftkundlichkeit, Literaturtreue und Quellenreichtum aus, fügten sich andererseits jedoch bis weit in die achtziger Jahre in den an deterministischen Entwicklungslinien orientierten, orthodox marxistisch-leninistischen Interpretationsrahmen.

Die kulturtheoretischen Arbeiten basierten auf der Annahme eines grundlegenden Kulturwandels in den arabischen Staaten, verursacht durch das Eindringen neuer Perspektiven der nationalen und sozialen Befreiung.<sup>80</sup> Zur authentischen orientalischen Kultur pflegte die Kulturwissenschaft ein taktisch-strategisches Verhältnis, das letztlich auf die Transformation des traditionell-idealistischen Kulturerbes zugunsten des sozialistischen Realismus zielte, die einfache Negation des *status quo* jedoch ablehnte und einer evolutionären Kulturentwicklung den Vorzug gab.<sup>81</sup> Dabei wurden erstaunlicherweise die Ansätze der Geschichtswissenschaft, die wie die ägyptische Historikerschule von Muhammad Anis nachhaltig vom marxistischen Denken geprägt und die für die wissenschaftliche Fundierung der "revolutionär-demokratischen" Herrschaft Gamal Abd al-Nasser von Bedeutung waren, von der DDR-Wissenschaft nicht rezipiert. Die Innovation wissenschaftlicher Traditionen, die als kultureller Fortschritt der Entwicklungsländer von den ostdeutschen Wissenschaftlern hätte begrüßt werden müssen, wurde statt dessen als unliebsame Tendenz einer wissenschaftlichen Fundierung des Arabischen Sozialismus ignoriert.

Aus Sicht der Orientwissenschaft besaß der "Imperialismus" aufgrund der Vorrangigkeit des ökonomischen und politischen Wandels für die nahöstlichen Regierungen noch immer einen starken Einfluß auf die arabische Kunst und Kultur. Die DDR-Orientwissenschaft erarbeitete im Gegenzug konkrete Vorschläge zur Verbreitung der DDR-Literatur in der Region.<sup>82</sup> Aus ostdeutscher Perspektive hatten sich in der arabischen Welt bereits Ansätze einer realistischen Literatur herausgebildet, die es gegen den westlichen Einfluß kommerzieller Massenware zu schützen galt. Der Realismus in der arabischen Literatur verblieb in den meisten Fällen - etwa bei dem späteren Nobelpreisträger Nagib Mahfus - im Rahmen des bürgerlichen Kritizismus. Doch wies aus Sicht der DDR-Wissenschaft etwa die Einführung und starke Verbreitung der Figur des "revolutionären Helden" auf

<sup>80</sup> Bellmann (1984): 17f.

<sup>81</sup> Gruner (1981): 185.

<sup>82</sup> Bohrmann (1981): 214, 217.

weitergehende, fortschrittlichere Einflüsse.<sup>83</sup> In den Bereichen des Films und Theaters hingegen, die für die Erziehung der analphabetischen Bevölkerungen so bedeutsam sein konnten, erkannte die DDR-Wissenschaft nur zögerliche Entwicklungen: hier machte sich für den realistischen arabischen Film die große Konkurrenz Hollywoods und des ägyptischen Kommerzfilms bemerkbar, dort fehlten dramatisch-theatralische Traditionen und führte ein überzogener Agitprop-Ansatz das junge politische Theater in die Akzeptanzkrise.<sup>84</sup>

### *3 Gegenwartsbezogene Orientwissenschaft in den neuen Bundesländern während und nach der Wende, 1989-1995: Entwürfe für eine dezentralisierte, entideologisierte Orientwissenschaft nach 1989*

Im Sommer 1990 hatte Günter Barthel, bis zur Auflösung des ZENTRAAL am 6. Dezember 1989 dessen Vorsitzender, auf einem Kolloquium in Würzburg die Erwartung geäußert, daß die "heutige DDR-Orientalistik" nicht nur in kurzer Zeit "Bestandteil einer einheitlichen, aber nicht homogenen deutschen Orientalistik sein wird", sondern daß u.a. auch die gewonnene "Gedankenfreiheit", die mögliche "Kooperation", die gesunde "Konkurrenz" und nicht zuletzt die "Ausstattung mit modernem Arbeitsgerät" in ihr "neue Initiativen freisetzen" werde.<sup>85</sup>

In der Tat gab es während und nach der "Wende" unterschiedliche Versuche, neben der demokratischen Wahl der Leiter und Räte durch alternative konzeptionelle und strukturelle Entwürfe zum Bestehenden zumindest bis zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten im Oktober 1990 eine "eigene" ostdeutsche Orientwissenschaft zu gestalten bzw. Bewahrenswertes dieser Disziplin in die sich spätestens nach dem Einigungsvertrag ankündigende gesamtdeutsche Wissenschaftslandschaft einzubringen. Drei unterschiedliche Beispiele aus dem außeruniversitären und universitären Bereich machen das deutlich:

#### *3.1 Akademie der Wissenschaften*

Im Dezember 1989 setzten sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bereichs Geschichte der Entwicklungsländer (seit Herbst 1990 Bereich Orientforschung) am Institut für Allgemeine Geschichte (IAG) der Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW) in einem Memorandum an die Akademieleitung dafür ein, eine

<sup>83</sup> Bellmann (1977): 126.

<sup>84</sup> Richter (1974); Karachouli (1987): 77f.

<sup>85</sup> Barthel (1991a): 22.

"Arbeitsgemeinschaft für Asien- und Afrikaforschung" zu schaffen; sie sollte die an der AdW vorhandenen Potenzen in diesen Disziplinen bündeln und koordinieren und dabei imstande sein, "von einer Multidisziplinarität, in der die Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften in der DDR bislang weithin verharrten, zu einer wirklichen Interdisziplinarität überzugehen". Nach Ablauf einiger Jahre sollte die Arbeitsgemeinschaft zu einem Institut umgestaltet werden.<sup>86</sup>

Da sich im Antwortschreiben des 1. Vizepräsidenten der AdW vom 23. Januar 1990 keine absehbare Entscheidung der seinerzeit mitten im Umbruch befindlichen Akademieleitung erkennen ließ, drängte der Bereich im April 1990 auf Ausgründung zu einem "Institut für Orientforschung". An die 1969 im Zuge der Akademiereform aufgelöste gleichnamige Einrichtung anknüpfend, sollte es "dank seiner sozialwissenschaftlichen Profilierung und multidisziplinären und -regionalen Zusammensetzung und Konzentration Spezifisches einbringen und somit namentlich in einem vereinten Deutschland eine Lücke füllen". Dafür wurden drei Forschungskomplexe, die sich aus der bisherigen Arbeit herauskristallisiert hatten, benannt: Entwicklung und Unterentwicklung in historischer Sicht und Perspektive, Konflikte und Konfliktregelungen in Asien und Afrika sowie Europa und die Dritte Welt.<sup>87</sup> Der entsprechende Antrag an den Vorstand der Forschungsgemeinschaft der AdW im Mai fiel allerdings ins Leere: Spätestens nach dem "Kamingespräch" vom 3. Juli, in dem die Evaluierung und Abwicklung der außeruniversitären Forschung in der DDR verabredet wurde, war er für die Akademieleitung faktisch gegenstandslos geworden.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bereichs gaben jedoch nicht auf. Am 17. September wandten sie sich an die Berliner Senatorin für Wissenschaft und Forschung, Barbara Riedmüller-Seel, mit der Bitte, sich für die Wiedergründung des "Instituts für Orientforschung aus dem Bestand unseres Bereichs einzusetzen"; dem Schreiben war eine Denkschrift beigelegt, die vier präzierte, profilbestimmende Forschungsthemen für das Institut enthielt: Entwicklung und Unterentwicklung in der Dritten Welt, Europa und die Dritte Welt, Konflikte und Konfliktregelungen in der Dritten Welt sowie Religion, Geschichte und Kultur der Dritten Welt in einer multikulturellen Weltgesellschaft.<sup>88</sup> In ihrer Antwort, die erst am 30. Oktober erfolgte, hielt die Senatorin ein Gespräch über die Zukunft des Bereichs allerdings nicht für sinnvoll, "da die Evaluation noch im vol-

<sup>86</sup> Asien- und Afrikaforschung an der Akademie der Wissenschaften der DDR (Memorandum), Berlin, Dezember (1989): 5 u. 10.

<sup>87</sup> WB Geschichte der Entwicklungsländer, Antrag auf Gründung eines Instituts für Orientforschung an der AdW (Manuskript), Berlin, April (1990): 2 u. 5.

<sup>88</sup> Höpp an Riedmüller-Seel, 17. September 1990; Denkschrift zu einem Institut für moderne Orientforschung (Manuskript), Berlin, September (1990): 3ff.

len Gang ist. Wir sehen uns aber", fügte sie hinzu, "durchaus in der Lage, im Dezember 1990 oder im Januar 1991 dieses Gespräch zu führen. Wir werden Sie dann unaufgefordert zu einem Gespräch einladen".<sup>89</sup> Das geschah nicht.

Tatsächlich hatte inzwischen nicht nur die staatliche Vereinigung, sondern auch die gemäß Artikel 38 Einigungsvertrag verfügte Evaluierung<sup>90</sup> auch des IAG, darunter des Bereichs Orientforschung, stattgefunden; sie war am 9. und 10. Oktober 1990 auf der Grundlage von Antworten auf 23 Fragen des Wissenschaftsrats, die dem Direktor des IAG im Juli übermittelt worden waren, sowie von "Bewertungskriterien" durch seine Arbeitsgruppe "Geisteswissenschaften" durchgeführt worden.<sup>91</sup> In ihren "Zwischenergebnissen" hielt sie Ende November eine Fortführung des IAG zwar für "nicht sinnvoll", empfahl jedoch ein "Zentrum für Orientforschung in Berlin mit dem Schwerpunkt entweder Vorderer und Mittlerer Orient sowie nördliches Afrika oder Südasien, das in Verbindung zu den einschlägigen Museen - und ggf. im Verbund mit Forschungszentren in Leipzig, Bamberg und anderswo - einen Teil der am Institut für Allgemeine Geschichte vorhandenen Kapazitäten auf diesem Gebiet aufnimmt ...".<sup>92</sup>

Im selben Monat konstituierten sich im Bereich Orientforschung entsprechend seinen profilbestimmenden Forschungsthemen vier Projektgruppen, die die folgenden Themen zu bearbeiten begannen: "Die historische Genesis von Unterentwicklung", "Die Dritte Welt im und nach dem Ost-West-Konflikt unter besonderer Berücksichtigung ihres Verhältnisses zu Europa", "Konflikte und Konfliktregelungen in der Dritten Welt unter besonderer Berücksichtigung von Tradition und Regionalisierung" sowie "Zwischen Beharrung, Anpassung und Reform. Der politische Islam in unterentwickelten und entwickelten Gesellschaften des 19. und 20. Jahrhunderts". Damit suchte der Bereich dem auch bei der Evaluierung geltend gemachten Anspruch Rechnung zu tragen, mit "seiner multidisziplinären Anlage, seiner multiregionalen Zusammensetzung sowie seiner geistes- und sozialwissenschaftlichen Orientierung ... nicht nur Traditionen der Akademie fort(zusetzen), sondern ... auch Eigenes in die deutsche und internationale For-

<sup>89</sup> Riedmüller-Seel an Höpp, 30. Oktober 1990.

<sup>90</sup> Vgl. Einigungsvertrag, 64.

<sup>91</sup> Vgl. Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates, Fragen an die außeruniversitären Forschungseinrichtungen in der Deutschen Demokratischen Republik, Köln, Juli 1990; dies., Bewertungskriterien für die Bestandsaufnahme in den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der DDR, Köln, August 1990. Persönliche Eindrücke eines Evaluierers finden sich u.a. bei Raible (1992): 54-63, und eines Evaluierten u.a. bei Schwanitz (1993a): 54-64; vgl. auch ders. (1995): 51-82.

<sup>92</sup> Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates, Zwischenergebnisse der Arbeitsgruppe Geisteswissenschaften, Köln, (1990): 6 u. 12.



schungslandschaft ein(zubringen)<sup>93</sup>. Unterlegt wurde dieser Anspruch mit Publikationen<sup>94</sup> sowie mit nationalen und internationalen Tagungen, darunter "Die Palästinafrage im Rahmen des Ringens um eine internationale demokratische Nachkriegsordnung 1945 bis 1948/49"<sup>95</sup> im September 1989, "Konflikte und Konfliktregelungen in den internationalen Beziehungen seit dem Zweiten Weltkrieg"<sup>96</sup> im Februar, "Reform und Revolution in Asien und Afrika. Das 19. Jahrhundert"<sup>97</sup> im Juni und "Europa und der Nahe Osten in den 90er Jahren"<sup>98</sup> im Oktober 1990, "Krise und Krieg am Golf"<sup>99</sup> im Mai und "Die 'Reorientalisierung' des Orients? Zur Rolle der Tradition in Gesellschaftskonflikten der achtziger Jahre"<sup>100</sup>.

In seiner von der Evaluierung sowie nachträglichen Ermittlungen<sup>101</sup> ausgehenden Stellungnahme empfahl der Wissenschaftsrat schließlich im Juli 1991 die Schaffung eines "Zentrums zur Erforschung des modernen Orient", dessen Arbeitsgegenstand unter regionalem Gesichtspunkt "primär das westliche Asien und das nördliche Afrika" sein sollten; dabei solle die "Zugehörigkeit zur islamischen Welt" die "Gemeinsamkeit der Untersuchungsregion in engerem Sinn" bilden. Darüber hinaus sollten der "Kontakt, die Konfrontation und das Wechselverhältnis dieser Weltregion zu Europa (und Amerika)" ein "zentraler Gesichtspunkt" seiner Arbeit darstellen, in deren Vordergrund die Zeit vom 18. bis 20. Jahrhundert stehe.<sup>102</sup> Die "fächerübergreifende Ausrichtung" des Zentrums

<sup>93</sup> Bereich Orientforschung im Institut für Allgemeine Geschichte, Berlin, (1991): 2ff.

<sup>94</sup> Vgl. Bereich Orientforschung im Institut für Allgemeine Geschichte, Berlin, (1991): 5ff.

<sup>95</sup> Vgl. Berichte von Mario Keßler in: aala 18 (1990): 141-148, und von Rainer Lambrecht in: Militärgeschichte, Berlin (1991): 109f. Die Beiträge wurden herausgegeben von Martin Robbe (Robbe (1990)).

<sup>96</sup> Vgl. Bericht von Dietrich Reetz in: aala 18 (1990): 730-736. Die Beiträge wurden veröffentlicht von Martin Robbe/Dieter Senghaas (Hg.), Die Welt nach dem Ost-West-Konflikt. Geschichte und Prognosen, Berlin 1990.

<sup>97</sup> Vgl. Berichte von Dietrich Reetz in: aala 18 (1990): 925-928, und Mathias Pätzold in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin 38 (1990): 1103-1105. Die Beiträge wurden herausgegeben von Gerhard Höpp (1991e).

<sup>98</sup> Vgl. die Berichte von Klaus Jaschinski in: aala 19 (1991): 362-366, und Wolfgang Schwanitz in: ZfG 39 (1991): 363-365. Einige Beiträge wurden veröffentlicht in: Vierteljahresberichte. Probleme der internationalen Zusammenarbeit, Bonn (1991): 124.

<sup>99</sup> Vgl. den Bericht von Ellinor Schöne in: aala 19 (1991): 882-889. Die meisten Beiträge wurden veröffentlicht in: aala 19 (1991): 889-951, und 19 (1991): 1049-1116.

<sup>100</sup> Die Beiträge sind veröffentlicht in: Reetz (Hg.) (1991b).

<sup>101</sup> Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates an Klein, 15. Februar 1991.

<sup>102</sup> Wissenschaftsrat, Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften, Juli 1991, 92.

wurde hervorgehoben.<sup>103</sup> An dem Zentrum sollten ca. 25 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler arbeiten, höchstens ein Drittel von ihnen unbefristet, zwei Drittel maximal fünf Jahre.<sup>104</sup>

Der Wissenschaftsrat ging bei dieser Empfehlung von mindestens drei Prämissen aus: der Überzeugung, daß ein "besseres Verständnis von Kultur, Politik, Recht und Gesellschaft der islamischen Länder (...) gegenwärtig dringlich" ist und "in naher Zukunft noch dringlicher werden" wird sowie "ohne historisch orientierte, kulturwissenschaftliche Forschung in Zusammenarbeit verschiedener Disziplinen nicht zu gewährleisten" ist; der Tatsache, daß im Unterschied zu anderen Ländern die moderne Orientforschung "in den alten Bundesländern in relativ wenigen Hochschulen und Einrichtungen betrieben" wird, die "verstreut und mit vergleichsweise geringen personellen Ressourcen ausgestattet sind", hingegen in der DDR die "Entwicklung der gegenwartsbezogenen Orient- und Afrikastudien - nicht zuletzt aus politischen Gründen - seit den frühen sechziger Jahren stark forciert" wurde sowie der Feststellung, daß dabei "ungeachtet bestimmter thematischer Einschränkungen, methodischer Verkürzungen und anderer Probleme, in einer Reihe von Forschungsgebieten Neuland betreten und Beachtliches geleistet" worden ist.<sup>105</sup>

Von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des evaluierten Bereichs wurden die Empfehlungen des Wissenschaftsrates bei aller Kritik am Prozeß der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung nach der Evaluierung, von dem sie ausgeschlossen waren, als "sachlich und konstruktiv" beurteilt; sie zeigten, daß die Mitglieder bzw. Berater der Kommission "Geisteswissenschaften" bereits "vor Kenntnisnahme der Evaluierungspapiere von Problemen, Ergebnissen und Qualität der Forschung wußten, die im Bereich betrieben wurde".<sup>106</sup>

Anfang August erklärte sich die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) auf Vorschlag des Wissenschaftsrates bereit, die Betreuung der empfohlenen geisteswissenschaftlichen Zentren zu übernehmen und zu diesem Zweck, d.h., um den positiv

<sup>103</sup> Wissenschaftsrat, Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften, Juli 1991, 93.

<sup>104</sup> Wissenschaftsrat, Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften, Juli 1991, 114.

<sup>105</sup> Wissenschaftsrat, Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften, Juli 1991, 92ff.

<sup>106</sup> Bereich Orientforschung, Stellungnahme zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates für das Institut für Allgemeine Geschichte und den Bereich Orientforschung, Berlin o.D.

evaluierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern "die Weiterbeschäftigung und adäquate Arbeitsmöglichkeiten ab 1. Januar 1992 zu sichern", eine Tochtergesellschaft, die Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH, zu gründen.<sup>107</sup> Unmittelbar danach bot der Vizepräsident der MPG den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IAG an, sich bis zum 20. Oktober 1991 für eine dreijährig befristete Anstellung an den geisteswissenschaftlichen "Forschungsschwerpunkten" (FSP) zu bewerben; die Auswahl solle von einer Präsidentenkommission der MPG vorgenommen werden, welche durch Sachverständige unterstützt wird. Für den künftigen FSP "Erforschung des modernen Orients" wurden als Koordinator Dieter Simon, als Sachverständige Werner Ende und Fritz Steppat benannt.<sup>108</sup>

Am 20. Oktober gingen dem Koordinator Bewerbungen von 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IAG, darunter 17 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des Bereichs Orientforschung, zu; von letzteren beschäftigten sich damals sieben mit der Region des Vorderen Orients und Nordafrikas.<sup>109</sup> Einen knappen Monat später teilte der Koordinator mit, daß die Präsidentenkommission der "Förderungsgesellschaft" vorschlagen werde, zehn wissenschaftlichen und fünf nichtwissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen Arbeitsvertrag anzubieten.<sup>110</sup> Unter ihnen befanden sich zwei Nahostwissenschaftler; nachträglich wurde zwei weiteren ein auf zwei Jahre befristetes Stipendium angeboten.

### 3.2 Humboldt-Universität

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Vorderasiatischen Instituts (VAI) der Humboldt-Universität Berlin (HUB) sahen sich ebenso wie ihre Kolleginnen und Kollegen in den anderen Instituten des Fachbereichs Asien- und Afrikawissenschaften (FBAA, ehem. Sektion Asienwissenschaften) spätestens seit Herbst 1990 mit dem von Artikel 13 Einigungsvertrag bestimmten Übergang ihrer Universität in die Verfügungsgewalt des Landes Berlin konfrontiert, das nun die

<sup>107</sup> Zacher an Breitenbach, 1. August 1991.

<sup>108</sup> Weinert an IAG, o.D.

<sup>109</sup> Übergabeprotokoll, Frankfurt/M., 20. Oktober 1991.

<sup>110</sup> Simon an Höpp, 28. November 1991. Vgl. auch Grundsätze für die Personalauswahl bei der Neugründung von gemeinsam von Bund und Ländern geförderten Forschungseinrichtungen oder bei der Integration von Mitarbeitergruppen aus Instituten der ehemaligen AdW in bestehende Forschungseinrichtungen in Berlin und den neuen Bundesländern. In: Mitteilungen KAI-AdW, Berlin (1991): 4ff.

"Überführung oder Abwicklung" auch ihres Instituts zu regeln hatte.<sup>111</sup> Angesichts der im Dezember 1990 einsetzenden Evaluierung zunächst durch die (gewählte) Personal- und Struktur-, dann die (eingesetzte) Struktur- und Berufungskommission (SBK) des Fachbereichs sowie der sich ankündigenden strukturellen und inhaltlichen Abgleichung mit den vergleichbaren Einrichtungen der Freien Universität (FU) präsentierte sich das Institut als ein "interdisziplinär orientiertes Wissenschaftsensemble", das "geistes-, sozial- und kulturwissenschaftliche Disziplinen zu einer komplexen, unikalen Einheit" vereinige. Wie die AdW-Mitarbeiter an ihre in der DDR gewachsenen Traditionen erinnernd, hob das VAI die "Interdisziplinarität" als Grundlage sowohl für den regional orientierten Studiengang "Moderne Vorderasienstudien" mit den Vertiefungsrichtungen Geschichte/Zeitgeschichte, Wirtschaft/soziale Prozesse/Recht, Philosophie/Religion und Kultur/Literatur/Kunst als auch für alle länderorientierten Studiengänge hervor; daraus folge die "regional übergreifende Struktur" des VAI mit den Fachgebieten Arabistik/Islamwissenschaften, Hebraistik/Israelwissenschaften, Iranistik, Wirtschaft/Soziale Prozesse Vorderasiens und Turkologie. Dafür standen seinerzeit 32 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung - fünf Hochschullehrer (Professoren und Dozenten), drei Oberassistenten, 19 Assistenten, zwei Lehrer und zwei Dolmetscher im Hochschuldienst und eine Sekretärin. Mit dieser Struktur stelle das VAI eine "wertvolle Bereicherung der deutschen Hochschul-Landschaft" dar.<sup>112</sup>

Die mit der Umstrukturierung der HUB und ihrer Überführung in diese Landschaft befaßten Gremien sahen das indessen nicht so. Obwohl im Bericht vom 13. Dezember 1990 über die Evaluierung des FBAA dessen Substanz als "wertvoll" bezeichnet und betont worden war, sie solle "erhalten bleiben", weil es in Europa sonst nur noch an der School of Oriental and African Studies "eine vergleichbare Institution"<sup>113</sup> gäbe, empfahl im Herbst 1992 die Landeshochschulstrukturkommission (LHSC) seine Zergliederung: Im Zuge der Zuweisung von Fächerverbänden sollten grundsätzlich die "ostasiatischen Fächer" an der HUB verbleiben, diejenigen aber, welche "sich mit den Kulturen befassen, die sich vom Maghreb bis nach Mittelasien hinein erstrecken", an der FU konzentriert werden.<sup>114</sup>

<sup>111</sup> Vgl. Einigungsvertrag, 49.

<sup>112</sup> Vgl. Vorderasiatisches Institut am Fachbereich Asien- und Afrikawissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin o.J., 5ff.

<sup>113</sup> Zit. in Rat des FB Asien- und Afrikawissenschaften, Positionspapier zu den Forderungen des Senators für Wissenschaft und Forschung zur Reduzierung des Strukturkonzepts der Struktur und Berufungskommission des FB (11) Asien- und Afrikawissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin o.D.

<sup>114</sup> Empfehlungen der Landeshochschulstrukturkommission Berlin III.3.1.9 Kleine Fächer, 25. September 1992, 10ff.

Trotz des Versuchs, zunächst in Einzelgesprächen u.a. zwischen den Islamwissenschaftlern beider Universitäten im Sommer 1990 sowie durch Aufstellung eines gemeinsamen "Curriculum orientalische Geschichte", dann, ein Jahr später, in Diskussionen zwischen Vertretern der Interdisziplinären Kommission Moderner Vorderer Orient der FU und solchen der Nah- und Mittelostwissenschaften an der HUB sachlich vernünftige und menschlich akzeptable Lösungen für die nötige Koordinierung von Lehre und Forschung in Berlin zu finden, und trotz des Einspruchs des Rates des FBAA wurde die faktische Eliminierung der modernen Vorderasienstudien an der HUB vollzogen: Am 22. Juni 1993 bestätigte der Akademische Senat der HUB das den Empfehlungen der LHSK folgende Strukturkonzept der SBK, demzufolge die Magisterteilstudiengänge (MTSG) Moderne Vorderasien-Studien, Iranistik und Turkologie zu schließen seien und am VAI nur diejenigen für Mittelasienswissenschaften, Islamwissenschaften des nichtarabischen Raumes und Israelwissenschaften zu verbleiben hätten; von den Israelwissenschaften abgesehen, fand der moderne Vorderer Orient lediglich noch im MTSG Internationale Beziehungen Asiens und Afrikas, der ebenfalls erhalten werden sollte, für Lehre und Forschung Berücksichtigung.<sup>115</sup>

Waren die Empfehlungen der LHSK bereits vom Rat des FBAA deswegen kritisiert worden, weil das Herauslösen ganzer Komplexe wie z.B. der Vorderasienswissenschaften nicht nur die an der HUB verbleibenden Asien- und Afrikawissenschaften nachhaltig schädige, sondern auch eine "Verarmung der Universitas" bedeute<sup>116</sup>, so warfen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des FBAA, namentlich solche der betroffenen Disziplinen, der SBK vor, mit ihrem Strukturkonzept noch hinter den Empfehlungen der LHSK zurückgeblieben zu sein<sup>117</sup>. Letztere hatte - gewissermaßen als Kompensation für die Verlagerung des nahostwissenschaftlichen Fächerverbundes - nahegelegt, die Vertreter der Geschichts-, Politik-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in den Asien- und Afrikawissenschaften wenigstens "institutionell in ihren Muttersdisziplinen" zu verankern.<sup>118</sup> Dafür waren allerdings keine Strukturen geschaffen worden! In seiner Stellungnahme vom 1. Juni 1993 zum Strukturkonzept der SBK bemerkte der Akademische Senat der HUB, es müsse bezweifelt werden, ob die von ihr vorgeschlagene

<sup>115</sup> Vgl. Positionspapier.

<sup>116</sup> Wissenschaftsrat, Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften, Juli 1991.

<sup>117</sup> Vgl. Wissenschaftsrat, Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften, Juli 1991

<sup>118</sup> Empfehlungen der Landeshochschulstrukturkommission, 17.

Mitvertretung der Soziologie, Politologie und Wirtschaftswissenschaften asiatischer und afrikanischer Regionen in den entsprechenden Fachbereichen gewährleistet werden kann, "da die dortigen Strukturentscheidungen auf dem Wege der Berufungen längst gefallen sind - und eben nicht in Hinsicht auf eine angemessene Vertretung der Länder Asiens und Afrikas".<sup>119</sup>

### 3.3 Universität Leipzig

Ein anderes Selbstverständnis entwickelte sich am Fachbereich Orientalistik und Afrikanistik der Leipziger Universität (bis November 1991 Sektion Afrika- und Nahostwissenschaften der Karl-Marx-Universität). Im Unterschied zu den beiden soeben genannten Einrichtungen, die ausdrücklich an den multi- bzw. interdisziplinären, ggf. interregionalen Ansatz in der gegenwartsbezogenen Forschung und Lehre der DDR anknüpften, betonten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des hier vor allem interessierenden Lehr- und Forschungsbereichs Nordafrika/Nahost (LFB NANO) nachdrücklich traditionelle Werte der Leipziger Orientalistik und suchten sie durchzusetzen. Am 1. März 1990 hatte sich Wolfgang Reuschel, der den LFB von September desselben Jahres bis zu seinem Tode im September 1991 leitete, mit einem Memorandum an seine 45 Kolleginnen und Kollegen gewandt. Darin legte er "als Positivist" Maßstäbe an eine "moderne orientalistische Forschung" an, der "alle nicht aus den Quellen deduzierte(n) Behauptungen" und "unproduktive(n) Spekulation mit formalen Theorien" "zutiefst fremd" seien, und begründete damit die Priorität des philologischen und kulturgeschichtlichen Ansatzes, der sich künftig in der Leipziger Lehre und Forschung durchsetzen sollte.<sup>120</sup> Spätestens seit Dezember 1990, als die Landesregierung auf der Grundlage des Artikels 13 Einigungsvertrag die Überführung auch der Leipziger Universität in die Verfügungsgewalt des Freistaats Sachsen sowie die Abwicklung von Teileinrichtungen der Alma mater beschloß, geschah das auf administrativem Wege - über Struktur- sowie Personal- und Fachkommissionen. Zuerst wurde der multidisziplinär zusammengesetzte und interdisziplinär arbeitende LFB Entwicklungsstudien (ehem. Grundfragen der nationalen Befreiungsbewegung) abgewickelt; seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, unter ihnen Nahostwissenschaftler, die eigene Strukturvorschläge entwickelt hatten und für die der von der Universitätsleitung berufene Franz Nuscheler Vorschläge für ein Institut für Entwicklungsstudien sowie für einen integrierten Studiengang Regional- und Entwicklungsstudien vorgelegt hatte, wurden bis März 1992 entlassen.

<sup>119</sup> Zit. in Griening (1993): 32.

<sup>120</sup> Zit. in Bellmann (Hg.) (1994): 8.

Mit Befragungen und Evaluierungen sowie Umstrukturierungsempfehlungen und entsprechenden Ausschreibungen setzte sich am Fachbereich in den Jahren 1992 und 1993 ein von Betroffenen als "philologisch-kulturhistorische Traditionalisierung"<sup>121</sup> bezeichneter Prozeß fort, der für die Angehörigen des ehemaligen LFB NANO formell mit der Gründung des Orientalischen Instituts am 2. Dezember 1993 abgeschlossen war.

### 3.4 Abwicklung und Umstrukturierung: Institutionelle und personelle Bilanz seit 1991

Für die universitären und außeruniversitären Einrichtungen der DDR, an denen gegenwartsbezogene Orientforschung betrieben wurde, hatte die staatliche Vereinigung gemäß Einigungsvertrag, wie schon angedeutet, drei Möglichkeiten zur Folge.

#### 3.4.1 Abwicklung ohne Folgen

Ersatzlos wurden der Fachbereich Politische Wissenschaft/Internationale Beziehungen der Hochschule für Recht und Verwaltung (bis Mai 1990 Institut für Internationale Beziehungen der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften Potsdam-Babelsberg), das Institut für Ökonomik der Entwicklungsländer an der Hochschule für Ökonomie Berlin, das Institut für Politik und Wirtschaft Berlin, einige universitäre Einrichtungen wie der bereits erwähnte Lehr- und Forschungsbereich Entwicklungsstudien in Leipzig bis Ende 1990 und das Institut für Welt-, Europa- und Überseewirtschaft in Berlin bis Ende 1992 sowie - nach seiner Evaluierung - das ehemalige AdW-Institut für Theorie des Staates und des Rechts bis Ende 1991 abgewickelt; schon vorher waren die Parteihochschule Karl Marx, die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und andere parteinahe Einrichtungen mit ihren orientbezogenen tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufgelöst worden.

#### 3.4.2 Abwicklung mit Folgen: Forschungsschwerpunkt Moderner Orient

Am 1. Januar 1992 nahm der FSP Moderner Orient als einer von sieben geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkten in Berlin gleichsam als Nachfolgeeinrichtung des Bereichs Orientforschung der AdW seine Arbeit auf; die Betreu-

<sup>121</sup> Vgl. Hopfmann et. al. (1992): 151.

ung durch die Förderungsgesellschaft war zunächst auf drei Jahre beschränkt worden und wurde vor Ablauf der Frist um ein Jahr verlängert, um den noch nicht abgeschlossenen Prozeß der "Verstetigung" dieser Einrichtungen zu erleichtern. Erster kommissarischer Leiter des FSP war der Berliner Islamwissenschaftler Fritz Steppat; ihm folgte am 1. Februar 1993 sein Kollege Peter Heine (Münster/Bonn). In seinem vom wissenschaftlichen Beirat<sup>122</sup> bestätigten Forschungsprogramm definierte der FSP sein Selbstverständnis mit seiner "multidisziplinären Anlage und multiregionalen Zusammensetzung", welche die "Zusammenführung verschiedener Disziplinen wie Geschichte, Ethnologie, Ökonomie, Politik, Sozial- und Literaturwissenschaften mit den Indien-, Afrika, Nahost- und Islamwissenschaften" ermöglichen sollten. Mit dieser Absicht wurden die beiden Forschungsthemen "Indigene Transformation als Prozeß: Auseinandersetzung, Synthese und Neubildung" und "Wechselseitigkeit in ungleichen Beziehungen: Deutschland, der Orient und Afrika vom 18. bis 20. Jahrhundert" formuliert<sup>123</sup>. An ihrer Bearbeitung beteiligten sich zunächst neun wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (darunter zwei Nahostwissenschaftler) sowie zwei Stipendiaten, die aus dem Personalbestand der AdW ausgewählt worden waren; bis zum Frühjahr 1994 erreichte der FSP durch Einstellungen vor allem aus den alten Bundesländern ("Durchmischung") seine volle Personalstärke: 18 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (darunter fünf Nahostwissenschaftler), zwei Stipendiaten und vier Doktoranden.<sup>124</sup>

Am 11. November 1994 empfahl der Wissenschaftsrat die Überführung von sechs FSP, darunter des FSP Moderner Orient, in "Geisteswissenschaftliche Zentren" (GWZ), da ein "gesamtstaatliches wissenschaftspolitisches Interesse an der Erhaltung der in diesen Schwerpunkten vorhandenen Forschungspotentiale und an der mit diesen Zentren erreichbaren gezielten Stärkung geisteswissenschaftlicher Forschung" bestehe.<sup>125</sup> Nach der grundsätzlichen Einigung in der Bundesländer-Kommission über deren Finanzierung - ein Drittel "Grundausrüstung"

<sup>122</sup> Dem Beirat gehörten an Bley, Helmut/Hannover, Ende, Werner/Freiburg i.Br., Kulke, Hermann/Kiel, Preißler, Holger/Leipzig, Rothermund, Dietmar/Heidelberg, Simon, Dieter/Frankfurt/M. und Steinbach, Udo/Hamburg (Sprecher).

<sup>123</sup> Vgl. dazu, zum Projektfortschritt und zu den Veröffentlichungen der Mitarbeiter die Tätigkeitsberichte 1992, 1993 und 1994 der geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte, die Jahrbücher der Max-Planck-Gesellschaft 1993, 1994 und 1995 sowie Heine (1995): 35f.

<sup>124</sup> Außerdem wurden sieben nichtwissenschaftliche Mitarbeiterinnen eingestellt.

<sup>125</sup> Vgl. Wissenschaftsrat. Empfehlungen zur Förderung Geisteswissenschaftlicher Zentren, 11. November 1994, 46.

durch das Land<sup>126</sup>, zwei Drittel "Ergänzungsausstattung" durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) - forderte die DFG im Februar 1995 die FSP auf, Förderungsanträge zu stellen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des FSP Moderner Orient beantragten die Förderung des Projektes "Abgrenzung und Aneignung in der Globalisierung: Asien, Afrika und Europa seit dem 18. Jahrhundert" mit den drei Gruppenprojekten "Islam und Globalisierung. Wahrnehmungen und Reaktionen im 19. und 20. Jahrhundert", "Akteure des Wandels. Konflikt und Synthese morgen- und abendländischer Kulturen in Lebensläufen und Gruppenbildern" und "Lokalität und Staat. Zur Dialektik sozial und räumlich definierter Institutionen in der neueren Geschichte Afrikas und Asiens". Nach der Befragung durch ihre Gutachtergruppe am 18. und 19. Juli entschloß sich der Hauptausschuß der DFG im September 1995, die drei Gruppenprojekte des künftigen GWZ Moderner Orient zu fördern und Mittel u.a. für zehn wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (darunter drei Nahostwissenschaftler) zu bewilligen; zwei weitere (unter ihnen der vierte Nahostwissenschaftler) sollten aus der "Grundaussstattung"<sup>127</sup> finanziert werden. Dieser Bescheid erfolgte u.a. unter der Prämisse, künftig jene Disziplinen, "die sich primär mit dem Orient beschäftigen", stärker im Disziplinenverbund des Zentrums zu beteiligen.<sup>128</sup>

Das Zentrum Moderner Orient, das ebenso wie zwei weitere Berliner GWZ von dem am 4. Oktober 1995 gegründeten Verein Geisteswissenschaftliche Zentren Berlin für einen Zeitraum von voraussichtlich 12 Jahren getragen wird<sup>129</sup>, nahm am 1. Januar 1996 unter dem Gründungsdirektor Peter Heine seine Tätigkeit auf.

### 3.4.3 Umstrukturierung und Neugründung an den Universitäten

Das Vorderasiatische Institut, ein "Nenn-Institut" am Fakultätsinstitut für Asien- und Afrikawissenschaften der HUB, wurde für die Studiengänge Mittelasienswissenschaften mit einer C-4-Professur (Ingeborg Baldauf) und weiteren drei Stellen, Islamwissenschaften des nichtarabischen Raumes mit einer C-3-Professur (Peter Heine) und zwei Stellen sowie Israelwissenschaften mit einer C-3-Profes-

<sup>126</sup> Der entsprechende Beschluß des Abgeordnetenhauses von Berlin erfolgte erst im Juni 1995. Vgl. Der Tagesspiegel, 23. Juni 1995.

<sup>127</sup> Ebenfalls aus der "Grundaussstattung" werden vier nichtwissenschaftliche Mitarbeiterinnen finanziert.

<sup>128</sup> DFG an Heine, 4. September 1995.

<sup>129</sup> Vgl. Der Tagesspiegel, 17. Oktober 1995.

sur (N.N.) und einer Stelle ausgestattet.<sup>130</sup> Im Wintersemester 1995/96 gab es in dessen noch Lehrveranstaltungen für die (gestrichenen) Modernen Vorderasienswissenschaften und Iranistik, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hielten, welche nach arbeitsgerichtlichen Entscheidungen bzw. Vergleichen in Überhangstellen weiter am Institut tätig sind. Die davon ausgehende Bereicherung des Studienangebots wird jedoch infolge Ablaufs der Befristung dieser Stellen im wesentlichen 1996 beendet sein.

Das Orientalische Institut am Fachbereich Orientalistik und Afrikanistik der Universität Leipzig bietet Lehrveranstaltungen für den Magisterstudiengang Arabistik und Orientalische Philologie sowie den Diplomstudiengang Dolmetscher/Übersetzer mit Arabisch an. Dafür wurde es mit einer C-4-Professur Arabistik und Orientalische Philologie (Dieter Bellmann), drei C-3-Professuren für Arabische Sprach- und Übersetzungswissenschaft (Eckehard Schulz), Geschichte des Vorderen Orients (Lutz Richter-Bernburg) und Wirtschaft und Wirtschaftsgeschichte des Vorderen Orients (N.N.) sowie sechs weiteren Stellen ausgestattet.<sup>131</sup> Die Islamwissenschaft ist nicht vertreten; sie wird aber im Selbstverständnis des Instituts als "traditionell" in die Arabistik integriert betrachtet.<sup>132</sup>

Das Seminar für Arabistik, Islamwissenschaft und Semitistik am Institut für Orientalistik<sup>133</sup> der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) ist 1991 an die Stelle des Wissenschaftsbereichs Geschichte, Sprache und Kultur des Vorderen Orients der Sektion Orient- und Altertumswissenschaften getreten. Es bietet Studiengänge für Arabistik und für Islamwissenschaft an und ist für den ersten mit einer C-4-Professur (Stefan Leder), für den zweiten mit einer C-3-Professur (Jürgen Paul) sowie einer außerplanmäßigen Professur für Semitistik (Arafa Mustafa) und fünf weiteren Stellen ausgestattet.<sup>134</sup>

Der Lehrstuhl für Semitische Philologie und Islamwissenschaft am Institut für Sprachen und Kulturen des Vorderen Orients i.G. der Friedrich-Schiller-Universität Jena (FSU) wurde 1993 gegründet und bietet Studienabschlüsse für Semiti-

<sup>130</sup> Hinzu kommt eine Sekretärinnenstelle.

<sup>131</sup> Hinzu kommen je eine Stelle für das Sekretariat und die Bibliothek. Vgl. auch die Strukturempfehlungen der Sächsischen Hochschulstrukturkommission von 1992 in: Heinemann/Schreiber (1996): 147.

<sup>132</sup> Kommentar zu den Lehrveranstaltungen am Orientalischen Institut der Universität Leipzig, Wintersemester 1995/96, 5.

<sup>133</sup> Das zum Fachbereich Kunst- und Altertumswissenschaften gehörende Institut umfaßt außerdem die Seminare für Sprachen und Literaturen des Christlichen Orients sowie für Jüdische Studien.

<sup>134</sup> Dazu kommen je eine Stelle für das Sekretariat und die Bibliothek; für die Bibliothek der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft steht eine weitere Stelle zur Verfügung.